

Concordia

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikationsorgan des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.

Einzel-Monument pro Quartal, franko geg. franko 1,50 Mr.
Der Gouder ist in die Postzeitungsausgabe eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.

Geöffnet: 9—1 Uhr vorm., 8—7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Anfragen und Befragungen an die Schriftleitung.

Nr. 7.

12. Jahrg.

Berlin, den 16. Februar 1908.

Und noch einmal: Ihr zwingt uns nicht!

Die soziale Frage im Transportgewerbe zieht immer weitere Kreise. Die Unternehmer beginnen nachzudenken, woran es liegt, daß sich die Transportarbeiterchaft jetzt an allen Enden und Enden Deutschlands recht und den Schlaf aus den Augen reißt. Einigen der Herren will es bedürfen, daß auch die Arbeitgeber dazu beigetragen haben, die Arbeiterschaft aus ihrer Letargie, ihrer Gleichgültigkeit, ihrem Indifferenzstaus auszurütteln. So lasen wir schon im vorigen Jahre in Unternehmerblättern, die sich den Scharfmacher noch nicht mit Haut und Haaren verschrieben haben, Artikel, die die Arbeitgeber zur Gnade, zur besseren Verlässlichkeit ihrer Arbeiterschaft mahnten. Es wurde daselbst gesagt, die Herren Fuhrunternehmer hätten an manchen Orten ihre höheren Fuhrlohnforderungen mit der allgemeinen Forderung begründet, dann aber den ganzen erhöhten Profit selbst eingesetzt und gar nicht daran gedacht, daß auch die Arbeiter und Nutzer unter der allgemeinen Forderung ebenso oder vielleicht noch mehr zu leiden haben. Nur ganz kurzichtige Leute, hieß es, könnten erwarten, daß sich die Arbeiter solche Behandlung auf die Dauer gefallen lassen würden. Der das schrieb, war ein Mann mit offenem, hellem, weitblickendem Verstande, der nur die eine, leider ausschlaggebende Tatsache übersah, daß sich seine Vertragsgenossen in der weitaus größten Mehrzahl nicht von großen Gesichtspunkten, sondern von der momentan ausgängigen Verfeindung ihres Geldbeutels leiten lassen. So hatten auch die Berliner Möbeltransportunternehmer vor dem letzten großen Streik ihrer Arbeiter für sich einen erheblich höheren Tarif durchgesetzt, aber gar nicht daran gedacht, auch ihren Arbeitern von dem eingehenden Siegen etwas zulommen zu lassen. Als aber dann der Streik ausbrach, taten sie ganz verwundert. Aber fragen wir, ist es denn wirklich ein Wunder, wenn dem Arbeiter, der seinen Unternehmer aus vollen Schlüßen spüren sieht, schließlich auch der Appetit zum Essen kommt?

Im "Fuhrhalter" polemisiert nun ein Spediteur, Herr C. W. in R. (Wenzel, Kassel?) gegen unseren Artikel „Neujahrsgruß der Arbeitgeber“, er schreibt unter Anderem:

"Wenn diese Forderungen begründet sind, so läßt sich ja dagegen gar nichts einwenden; aber darin machen meines Erachtens die Arbeitnehmerverbände den größten Fehler, daß sie sehr oft Forderungen durchzusetzen suchen, die der Arbeitgeber nicht bewilligen kann, und wenn eine friedliche Lösung nicht möglich ist, dann legen die Arbeitnehmer einfach die Arbeit nieder, ganz unbedünkt darum, ob sie eine Ründigung einzuhalten oder sonstige andere Verpflichtungen gegen ihren Arbeitgeber haben."

Der Arbeitgeber arbeitet Wochen und Monate bis er die Aufträge für die kommende Saison heranzieht, und wenn er sie zum Schluß ausführen muß, dann willst ein eventl. vom Baun gebrochener Streik alle Vorschriften über den Haufen, und es entsteht großer Schaden; diesen Schaden muß aber der Unternehmer auch wieder tragen, da den Arbeiter nicht haftbar gemacht werden kann.

Wenn hier seitens der Organisation nicht in allererster Linie der Hebel angewendet wird, indem sie vor allen Dingen ihre Leute zur Einhaltung ihrer Pflichten auffordert, und sie hierzu gewissermaßen erlaubt, dann kann von einer Besserung des

Verhältnisses zwischen Prinzipal und Arbeiter in absehbarer Zeit keine Rede sein.

Zur Organisation selbst will ich bemerken, daß ich es beispielsweise meinen Leuten durchaus nicht verfrage, wenn sie organisiert sind, nur empfinde ich eines durchbar bitter, nämlich die Art und Weise, wie die Leute systematisch verhegt und ihren Vratherrn entstehen werden."

Über die zweckmäßige Höhe der Forderungen wollen wir hier nicht diskutieren, weil dies eine individuelle Ansichtssache ist. Der Arbeitgeber, der bisher vielleicht 12—15 M. Wochenlohn seinen Kulisern bezahlt hat, findet eine Forderung auf 18 M. Mindestlohn selbstverständlich exorbitant, während die Kulischer mit Recht der Meinung sind, daß sie auch mit 18 M. Wochenlohn selbst draußen auf dem Lande mit den allergrößten Hunger füllen können. In dieser Sache werden also Arbeiter und Arbeitgeber niemals der gleichen Meinung sein.

Bei Ausbruch eines Streiks die Ablösungsfest einzuhalten, wäre für den Arbeiter gleichbedeutend mit einer Niederlage. Brauchte doch in diesem Falle der Unternehmer nur eine recht lange Ablösungsfest zu stipulieren, um sich genügend Zeits zur Anwerbung und Anerkennung von Streikbrechern zu verschaffen und sein Sieg in jedem Kampf wäre nur ein mathematisches Rechenergebnis.

Zweifellos ist es richtig, daß durch eine plötzlich eintretende Lohnbewegung viele Rechnungen und Preisberechnungen des Unternehmers über den Haufen geworfen werden. Daran trägt der Arbeitgeber aber in den meisten Fällen selber die allergrößte Schuld. Er ist es ja, der es in der Hand hat, sich durch Anwerbung der Arbeiterorganisation und durch Abschluß von Tarifverträgen mit derselben, gegen alle plötzlichen Überraschungen zu schützen. Wer hindert ihn denn, lange schon vor Ablauf eines Tarifes sich durch neue Verhandlungen auf absehbare Zukunft hinaus, vor Überraschungen zu sichern, ist doch dann in solchen Fällen die Grundlage für eine gesunde Statistik, soweit die Arbeiter und ihre Arbeitsverhältnisse im Betracht kommen, mit voller Sicherheit gegeben. Dann braucht auch der Arbeitgeber keine Bange zu haben, daß seine Arbeiter, soweit sie der Organisation angehören, ihre Pflichten nicht erfüllen. Die Organisation wird sie schon aus Selbstbehaltungstrieb dazu anhalten. Je eher sich also die Herren Unternehmer zur Anerkennung der Arbeiterorganisation und zum Abschluß von Tarifverträgen bequemen, desto eher werden sie zu ihrer Freude eine Besserung des Verhältnisses zwischen den Arbeitern und ihnen verschaffen. Die alte gedanklose Nebensatze vom "Vratherrn" werben die Unternehmer freilich bis alle Eiser wersen müssen, denn die Arbeiter wissen es heute durchweg, daß sie es sind, die "ihren Herrn" den Profit verdienen, daß sie also die Vratherrn ihres Prinzipals sind.

Herr C. W. regt sich ferner ganz unnötigerweise über die Vorgänge bei den Streiks in München, Berlin und Frankfurt auf. Was ob die Möbeltransportunternehmer alles Engel wären, wenn sie mit ihren Arbeitern im Kampf liegen. Sind etwa die schwarzen List der Arbeitgeber, die christliche, brave Arbeiter auf Jahre hinaus aus dem Beruf vertrieben und sie samt ihren Familien dem Hunger überantwortet, Ausblinde von Moral und Stolzlichkeit? Genügt es denn noch nicht, daß jeder Streikspaten von der Polizei vertrieben wird, daß jeder, der den Herren Streikbrechern sagt, daß sie Streikbrecher sind, im Gesangus darüber nachdenken darf, daß man in Tarifverträge sagt:

Deutschland nicht ungestraft die Wahrheit sagen darf? Genügt es nicht, daß sich dagegen um die schwarzen Listen der Unternehmer wieder Staatspolizei noch Polizei bemüht?

Und verehrter Herr W., seien Sie doch gesäßigst mal die deutsche Kriminalstatistik daran zu schließen, wer sich gegen die soziale Gesetzesgebung häufiger vergeht, ob die Arbeiter oder die Unternehmer? Wir werden demnächst einige Zahlen über dieses interessante Kapitel bringen.

Es gibt auf der ganzen Welt keinen vernünftigen Arbeiter, der es irgend einem Unternehmer verdient, wenn er sich zur Wahrung seiner Interessen mit seinen Klassengenossen zusammenschließt. Aber die Herren Scharfmacher, Bosse, Starke u. Co. verbieten es ihren Arbeitern bei Verlust einer Ration von 101 Mark, der Organisation ihres Berufes angehören zu dürfen.

Herr C. W. scheint überhaupt nicht zu wissen, daß das Programm der Scharfmacher nicht dahin geht, friedliche Verhältnisse im Berufe zu schaffen, sondern dahin, die Arbeiterorganisation nie zu verzurren. Nicht der gewerbliche Friede, sondern die Ruhe des Berufes soll nach dem Willen dieser Männer und Frauen hergestellt werden. Das steht wieder zur Evidence aus der letzten Nummer des Berliner Scharfmacherorgans hervor, da heißt es:

"Man kann es einem Arbeitgeber nicht verarbeiten, wenn er es ablehnt, sich mit Vertretern einer Arbeiterorganisation auseinander zu sehen, deren Mitglieder auf die Fahne der Partei schwören. Ebenso verständlich erscheint die Weigerung, sich in Verhandlungen mit christlichen Gewerkschaften — bis, wenn es ihren Zwecken dient, gelegentlich unter Hintanstellung ihrer christlichen Weltanschauung: „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“, mit der sozialdemokratischen Organisation gemeinsame Sache machen — oder mit Vertretern der Hirsch-Dunkleschen Gewerkschaften einzulassen, deren Mitglieder nur einen geringen Bruchteil der Arbeiterschaft ausmachen."

Aber man will überhaupt nicht verhandeln. Was bleibt denn da den Arbeitern, wollen sie ihre Lage verbessern, übrig, als der Kampf?

Zumal die Herren Scharfmacher die Arbeiter mit der Rasse auf den Kampfweg hingestochen haben. Gab doch Herr Jäger, Leipzig, auf der Berliner Scharfmacherkonferenz am 6. Mai v. J. die Parole aus: "Vertragsabschlüsse speziell mit diesem genannten Zentralverbande dürfen nur dann gemacht werden, wenn man davon gezwungen ist und keiner anderen Weg mehr übrig bleibt."

Wird den Proletarien da nicht direkt gesagt: Ihr müßt durch regelrechten Kampf Vertragsabschlüsse erzwingen, ein anderer Weg bleibt Euch nicht übrig! Gewiß, solche Sprache reicht auch den Pleigmalier aus seinen Träumen in die reale Wirklichkeit, macht aus einem Rahmen einen Löwen. Aber die Herren Arbeitgeber dürfen dann nicht stöhnen, wenn sie die Geister, die sie selber rießen, nicht mehr loswerden.

Mögen die Scharfmacher also tun was sie nicht lassen können, im Kampf ums Recht der Arbeiterschaft zeigen wir ihnen die Zähne, für men wir immer wieder gegen die Scharfmacher an, mag man uns noch so oft zurückwerfen, endlich liegen wir doch.

Anderseits unterschreiben wir, was M. im "Fuhrhalter" am Schluß seiner Artikel über

"Die ganze neuzeitliche Tarifvertragssbewegung schreitet nur dann gedeihlich fort, wenn beide Seiten als oberste Norm festhalten: „Treue gegen Treuel Ehrlich sein auf beiden Seiten!“ Vor allem, so lange der Tarifvertrag noch des gesetzlichen Schutzes entbehrt und seine Weiterbildung auf dem verständigen Zusammenspiel der Beteiligten beruht, vor allem auch in den Schlichtungskommissionen und den Schiedsgerichten. „Wir müssen uns hier stets vor Augen halten,“ sagt Dr. Gehler, „daß es bei unserer Tätigkeit nicht mit daraus ankommen kann, krisiallare Rechtsfälle herauszuarbeiten, sondern auch Raum zu schaffen für eine neue soziale Moral zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anstelle der unveränderlich durch die wirtschaftliche Entwicklung zerstörten patriarchalischen Beziehungen der alten Zeit.“

Also wählet Ihr Herren Arbeitgeber zwischen Frieden oder Krieg aber vergeht auch nicht, daß Eu^s der Krieg am teuersten zu stehen kommt.

Die Komödie des „Vereins Hamburger Fuhrherren von 1885.“

Seit den ersten größeren Lohnbewegungen der Roll- und Blockwagenfahrer Hamburgs im Jahre 1900, wurde seitens der Organisation darauf hingewirkt, mit den Fuhrherren tarifliche Vereinbarungen zu treffen. Dieses Bestreben hatte einerseits seine Ursache darin, daß die Fuhrherren nach Beendigung von Lohnbewegungen immer darauf bedacht waren, das Versprechen zu durchbrechen, andernteils aber auch, daß man erklärte, der Transportarbeiter-Beruf übertrumpele die Fuhrherren mit Lohnbewegungen, ohne diesen Gelegenheit zu einer Verständigung zu geben.

Am 22. März 1904 richteten wir daher ein Schreiben an den Fuhrherren-Verein mit der Frage, ob er bereit sei, mit uns bezüglich tariflicher Vereinbarungen zu Verhandlung zu treten.

Am 20. April 1904 antwortete der Verein, daß zur Zeit keine begründete Verhandlung vorläge, mit uns in der angeregten Frage in Verhandlungen zu treten. Hierauf erfolgte eine Lohnbewegung der Blockwagenfahrer.

Am 22. Februar 1905 wandten wir uns erneut an den Verein mit der bekannten Frage, es ihm freizustellen, mit der Verwaltung, unserem Verbandes oder einer Kommission der Kutscher die Verhandlungen zu führen.

Der Verein antwortete am 21. April 1905 wieder ablehnend, mit der Begründung, daß die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Betriebe eine einheitliche Regelung gar nicht zulasse. Auch gebe es noch andere Vereine der Fuhrherren, die sich etwaigen Verhältnissen nicht anschließen würden.

Die Kutscher traten im Oktober 1905 in eine Lohnbewegung ein. Die damals noch existierende „Fuhrherren-Festung“ hatte in mehreren Artikeln einem Rollen-Beruf das Wort geredet und nahmen wir deshalb Gelegenheit, uns nochmals an den Fuhrherren-Verein zu wenden.

Am 7. November 1905 ließ sich der Fuhrherren-Verein herbei, uns mitzuteilen, daß man gewillt sei, eine Kommission der Kutscher zu empfangen, und mit derselben zu verhandeln. Das Resultat war erstaunlich. Alle Kutscher, welche bis zu 27 M.^r. pro Woche verdienten, sollten 1 Mark Zulage haben. In denjenigen Betrieben also, wo die Kutscher häufig gewechselt werden, hätten die Kutscher niemals einen höheren Lohn bekommen, weil die Kontrolle fehlte, wie hoch der Lohn früher gewesen war.

Durch diese Winkslüge wurden unsere Kollegen direkt dazu gezwungen, unter Einzelabkommen mit ihren Arbeitgebern zusammen zu treten.

Im März 1906 traten die Kutscher Hamburgs und Umgegend wiederum in eine Lohnbewegung. Den Fuhrherren-Verein hatten wir diesmal als unbekannte Größe gänzlich übergangen.

Das hätte diesem aber nicht und so machte er sich mit folgendem Schreiben bemerkbar:

Hamburg, den 31. März 1906.
An die Lohnkommission des Transportarbeiter-Verbandes.

Auf Veranlassung zahlreicher Mitglieder unseres Vereins, denen Sie erneut Lohnforderungen und Arbeitsbedingungen für Roll- und Blockwagenfahrer zu stellen, ist in einer gestrigen Vereinssitzung der Vorstand beauftragt worden, Ihnen das Nachstehende ergebnis mitzutunellen:

„Die betreffenden Betriebe sind nicht in der Lage, den bezüglichen Forderungen zustimmen zu können, zumal erst vor kurzer Zeit durch Verhandlungen einer von Ihnen und uns ernannten Kommission eine Einigung stattgefunden hat.“

Hochachtungsvoll
Der Vorstand des Vereins Hamburger Fuhrherren von 1885.

Es kam zu einem Streit, durch welchen die meisten Firmen gezwungen wurden, unsere Forderungen anzuerkennen, ohne selbst mitbestimmen zu können.

Die Verhandlungen galten nur bis zum 2. April 1907 und so mußten wir also erneute Vorbereitungen treffen.

Wiederum waren wir es, die dem Fuhrherren-Verein entgegen kamen, wie nachfolgender Brief beweist:

Hamburg, den 17. Oktober 1907.
An den verechl. Vorstand des Vereins Hamburger Fuhrherren von 1885.

Die Roll- und Blockwagenfahrer Hamburgs nahmen vor einigen Tagen Gelegenheit, die für sie zur Zeit bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu besprechen. Es wurde hierbei wieder die Frage eines kollektiven Arbeitsvertrages zwischen Ihnen und uns als die beste Lösung und sicherste Gewähr für den Frieden im Fuhrwerksgewerbe bezeichnet. Wir wurden daher beauftragt, mit dem Tarifwurf uns zunächst an Sie zu wenden. Der Entwurf stand.

Es ist Ihnen gewiß noch bekannt, daß wir schon mehrfach den Wunsch ausdrückten, betr. eines Vertrages. Sie haben sich jedoch leider stets ablehnend verhalten. Die Kutscher sehen sich daher gezwungen, selbständig, ohne Rücksicht auf die Meinung der Herren Arbeitgeber, Forderungen auszuarbeiten und diese zur Anerkennung zu bringen. Wir erinnern nur an die lebte Lohnbewegung. Ihre Korporation lehrte es ab mit uns zu verhandeln, und Ihre einzelnen Mitglieder gaben schließlich die unerlässliche Bewilligung zu den gestellten Forderungen. In den meisten Fällen geschah dieses allerdings erst nach der Arbeitseinstellung. Wir sind der Meinung, daß dieses für die zutreffenden Fälle hätte vermieden werden können und daß bei dieser Lohnbewegung vorgehau werden kann. Wir halten uns verpflichtet, unsere Bereitwilligkeit, trotz Ihrer bisherigen ablehnenden Haltung, plausibel zu erkunden.

Um den Lohnziffern in der Praxis bemerken wir ausdrücklich, daß es sich unsererseits nur um Vorschläge handelt, die selbstverständlich noch einer Diskussion mit Ihnen bedürfen. Daß bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen Lohnaufbesserung angestrebt werden muß, dürfen Sie ebenfalls zu würdigen wissen, so daß wir eine eingehende briefliche Begründung unterlassen können.

Wir bitten Sie nun mehr, zu unserem Anfrage Stellung zu nehmen und uns Ihre ges. Antwort möglichst bis zum 29. Oktober ex. zugehen zu lassen.

Hochachtungsvoll
Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Hamburg.

J. A.: Wilh. Wagner.

Die in Vorschlag gebrachten Forderungen waren:

Die Arbeitszeit beginnt morgens 5 Uhr und endet abends 7 Uhr mit $\frac{1}{2}$ stündiger Frühstück und 2 stündiger Mittagspause. Die Lohnziffern betragen: für Einpänner 31 M.^r, für Zweipänner 33 M.^r per Woche von 6 Arbeitstage. Für Pferdepflege am Sonntag Nachmittag 1,50 M.^r. für Lieferstunden vor 5 Uhr morgens und nach 7 Uhr abends sind 75 Pf.^r pro Stunde zu zahlen, die etwa durchgehafte Mittagszeit wird mit 1 M.^r vergütet. Jeden zweiten Sonntag hat der Kutscher ganz frei.

Schon am 18. Oktober 1907 fragte der „Verein Hamburger Fuhrherren von 1885“ bei uns an, ob wir die Forderungen an alle Betriebe von Hamburg, Altona und Wandsbek richten wollten. Wir befahlten dieses. Am 11. November 1907 erhielten wir dann den Bescheid, daß man bereit sei, mit einer Kommission der Kutscher, der auch 1 bis 2 Verwaltungsmitglieder unseres Verbandes angehören könnten, zu verhandeln.

Es fanden drei Verhandlungen statt. Das Resultat der ersten beiden Beratungen gaben wir in einer Sitzung vom 5. Dezember bekannt. Diese lehnte das Angebot des Fuhrherren-Vereins ab, weil es nicht genügte.

Zwischen drängte die Direktion der Transport-Aktien-Gesellschaft bei Ihren Kutschern auf Erneuerung eines Sondertarifs.

Nim eine solche Einseitigkeit zu vermeiden, wandten wir uns an die Direktion wie folgt:

Hamburg, den 2. November 1907.

An die verechl. Direktion der Transport-Aktien-Gesellschaft hier S.

Seit Jahren sind die organisierten Kutscher Hamburgs bestrebt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich für alle Fuhrwerksbetriebe festzulegen. Dieses Bestreben hatte als Hauptgrund, die sortenreichen Differenzen zu unterbinden und die sogenannte Schnellkonkurrenz beseitigen zu helfen. Eine noch längere Vereinigung von Hamburger Fuhrherren, der nach Veröffentlichungen in den Zeitungen auch Sie als Mitglied angehören, hat ebenfalls die Differenzen, Unterschiede und Sonderabmarchen zu bekämpfen.

Bisher hat der Verein der Hamburger Fuhrherren von 1885 unseren Bestrebungen nicht genügend Beachtung geschenkt und sich uns gegenüber ablehnend verhalten. Auf unsere jüngste Einladung im vorigen Monat, hat sich der genannte Verein bereit erklärt, Verhandlungen betr. eines Kollektivvertrages einzugehen, wenn unsererseits keine Sonderabmarchen mehr getroffen werden. Da Ihre Kutscher und Arbeiter, welche ja alle bei uns Mitgliedschaft besitzen, mit Ihnen betr. Abschluß eines neuen Tarifs in Unterhandlung stehen, erlauben wir uns daher die höfliche Anfrage, ob Sie geneigt sind, im Interesse des gesamten Fuhrwerks, sich an dem Zustandekommen eines Kollektivvertrages zu beteiligen?

Ihre ges. Antwort halbjährig entgegenzuhabend;

Die Antwort war eine ablehnende, mit der Verbindung, daß die Arbeitsverhältnisse ganz wesentlich anders seien, als diejenigen aller anderen hierigen Fuhrbetriebe.

Die dritte Verhandlung brachte keine Verbesserung der Vorschläge. Die Versammlung der Fuhrherren aber brachte gar Verschlechterungen. Das als teipes, unabänderlich bezeichnete Angebot, hatte folgenden Wortlaut:

a) Für Anfänger, d. h. solche Kutscher, welche noch kein volles Jahr in einem Vollbetrieb tätig waren, und für jugendliche Kutscher, unter achtzehn Jahre alt, unterliegen die Löhne der freien Einbeziehung; b) für Kutscher, welche mindestens ein Jahr in einem und denselben Betrieb fortlaufend tätig waren, beträgt der Lohn pro Woche für Zweipänner 32 M.^r, d. h. 30 M.^r für 6 Werkstage und 2 M.^r für Sonntagspferdepflege, für Einpänner 30 M.^r (28 M.^r bzw. 2 M.^r), für alle anderen befahrenen Leute beträgt der Lohn pro Woche für Zweipänner 31 M.^r, (29 M.^r bzw. 2 M.^r). Die Arbeitszeit dauert je nach Eigenart der Betriebe von morgens 5 Uhr bis abends 8 Uhr oder von 6 bis 9 Uhr oder von 7 bis 10 Uhr. Für Frühstück wird $\frac{1}{2}$ Stunde, für Mittagspause 1½ Stunden gewährt. Muß auf Verlangen des Fuhrers die Mittagszeit durchgearbeitet werden, so erhält der Kutscher eine Vergütung von 60 Pf.^r. Falls dem Kutscher nach 6 Uhr abends noch Aufträge für neue Fuhrten erteilt werden, erhält dieser von 7 Uhr an eine Vergütung von 60 Pf.^r pro Stunde, in allen anderen Fällen beginnt die Nebenstundenzeit um 8 Uhr abends und wird ebenfalls mit 60 Pf.^r pro Stunde bezahlt. Die Sonntagspferdepflege ist in den Wochenlöhnen enthalten und wird besonders nicht vergütet. Feiert jemand, der zur Sonntagspferdepflege verpflichtet war, so werden ihm die 2 M.^r gefordert und an die für ihn eingetretenen bezahlt. An jedem dritten Sonntag hat der Kutscher gänzlich frei. Beansprucht wird die Durchführung der Vereinbarung bei allen gleichartigen Betrieben in Hamburg-Altona, Wandsbek."

Innerhalb acht Tagen sollten wir uns entscheiden, in welche Zeit noch das Weihnachtsfest fiel. Alle Kutscher waren bis spät in die Nacht hinein beschäftigt und waren wir außerstande, eine Versammlung abzuhalten.

Wir schrieben deshalb folgendes:

Hamburg, den 27. Dezember 1907.
An den Vorstand des Vereins Hamburger Fuhrherren von 1885.

Wir bestimmen uns im Besse ihres Geheims vom 20. Dezember und teilen Ihnen mit, daß wir den Inhalt desselben unseren Mitgliedern bekannt geben werden. Wir bedauern jedoch, nicht bis zum 28. Dezember die endgültige Antwort geben zu können und bitten daher um Nachsicht. Im Monat Januar findet die beithinige Versammlung statt und geben wir Ihnen dann unverzüglich Nachricht.

Hochachtungsvoll
Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Hamburg.

per Wilh. Wagner.

Diese Gelegenheit nahm nun der Verein Hamburger Fuhrherren von 1885 wahr, um sich vor einem Tarifabschluß zu drücken wie es es jahrelang getan hat. Er schrieb:

Hamburg, den 3. Januar 1908.
Wir bestätigen hiermit den Empfang Ihres geäffnigen Schreibens vom 27. Dez. v. J. und teilen Ihnen ergeben mit, daß unsere geplante außerordentliche Hauptversammlung eine weitere Hinauschiebung der Tarifangelegenheit nicht genehmigt hat. Die Versammlung hat ferner beschlossen, in Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen veränderten Verhältnisse, von dem Abschluß eines Tarifvertrages zurzeit überhaupt Abstand zu nehmen. Die Gründe für diesen Entschluß sind zu finden:

1. in der mit jedem Tage ungünstiger werdenden geschäftlichen Konjunktur, welche es den meisten Betrieben unmöglich macht, die durch den Vertrag herbeigeführten erheblichen Mehrlöschen zu erschwingen.

2. In dem Umstande, daß Sie entgegen unserer Verbedingung und entgegen Ihrer Befragung, in zwischen Sonderverträge mit mehreren Einzelfirmen abgeschlossen haben, vorall die von beiden Seiten als erforderliche Einheitlichkeit ohnehin durchbrochen ist. Wir verweise z. B. auf die Firma Caesar Koch, mit welcher Sie einen Vertrag nicht vor einer Einigung mit uns abschließen wollten.

Indem wir Ihnen bitten, hieron Kenntnis nehmen zu wollen, teilen wir Ihnen noch ferner mit, daß wir allen unseren Mitgliedern die Ihnen in unserem Schreiben vom 20. 12. 1907 gemachten Angebote zur Kenntnis gebracht haben mit der Anerkennung, auf Grundlage dieser Bedingungen gegebenen Falles mit Ihrem Personal direkt zu verhandeln.

Hochachtend
Verein Hamburger Fuhrherren von 1885.
Verein der Möbelspediteure von Hamburg, Altona und Wandsbek.

ges. Gebers. ges. Höher.
Wir müssen erklären, daß es geblieben ist, eine Unwahrheit ist, wir hätten während oder nach den geschilderten Verhandlungen mit irgendeiner Firma einen Sondertarif abgeschlossen. Es wäre doch eher gewesen, wenn man seitens des Vereins Hamburger Fuhrherren-Vereins erklärte: „Wir wollen noch einmal eine

Komödie vorführen, aber nun ist der Spaß auch zu Ende." Den Applaus bringen die Kritiker Hamburgs zur rechten Zeit.

Der Artikel des "Führerhüters" in Nr. 5 1908, in Sachen Tarifabschluß, soll das Vorgehen des Führerherrn-Vereins als gerechtsame beweisen. Es heißt zum Beispiel, daß wir auf schleunigen Abschluß eine Lässig gedrängt hätten. Dazu hatten wir gar keine Ursache, da wir auch nicht die geringste Abnung von einem von uns abzuschließenden Sondertarif hatten. Ferner heißt es, wenn wir dem Führerherrn-Verein einen Mangel an Kulan vorgeworfen hätten, so müsse dieses mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, da die angebotenen Lohnsätze diejenigen aller anderen Städte Deutschlands übertreffen. Dieses trifft nur zu, wenn es außer Hamburg nur Städte wie Peterow, Grabow etc. in Deutschland gäbe. Ferner sei auch noch erwähnt, daß die angebotenen Lohnsätze der geforderten täglichen Arbeitszeit nicht entsprechen. Also Unkulan und Komödie bleibt die ganze Ausführung des Führerherrnspelaleis.

Aus unserem Beruf.

Arbeiterinnen.

Krefeld. Die Zeitungsträgerinnen schlossen sich in mehreren Versprechungen in städtischer Anzahl unserem Verbande an, und gingen auch gleichzeitig daran, ihre nicht befriedigende Lage zu verbessern. Nach zweimaliger Unterhandlung des Gauleiters und der Kommission kam folgender Tarifvertrag zustande.

Tarifvertrag zwischen der Firma Weishoff und Schmidt in Krefeld und dem deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Krefeld.

1. Der Trägerlohn beträgt in den normalen Stadtbezirken bei wöchentlich 10 Touren 8 Ml. 50 Pfg. (acht Ml. 50 Pfg.).

Bei wöchentlich 12 Touren 10 Ml. (zehn Mrl.).

Für die zwei ungünstigen Stadtbezirke wird eine besondere Zulage gewährt.

2. Für die Landbezirke wird für täglich eine Tour 8 Ml. 50 Pfg. (acht Ml. 50 Pfg.) bezahlt.

3. Für das Einlaufen der Abonnementsgelder wird pro Quittung 8 Pfg. (drei Pfg.) bezahlt.

4. Die Träger sind verpflichtet, die Interessen des Verlages strengstens wahrzunehmen, insbesondere für pünktliche und prompte Zustellung der Zeitung Sorge zu tragen.

5. Der Tarif tritt am 1. Februar 08 in Kraft.

6. Die Tarifdauer beträgt sechs Monate, läuft also am 31. Juli 08 ab.

Wird der Tarif nicht sechs Wochen vor Ablauf von einer Seite gefündigt, so läuft derselbe füllschwiegend ein Jahr weiter.

Krefeld, den 25. Januar 08.

Für die Krefelder Bürgerzeitung:

geg. Weishoff & Schmidt.

Für den deutschen Transportarbeiter-Verband:

geg. Jof. Kloefel.

Dieser Tarifabschluß bedeutet für die Trägerinnen einen schönen Achtungserfolg, neben einem monatlichen Mehreinkommen von 11-18 Ml. Wegen die Trägerinnen stets eingedenkt sein, daß es die Organisation war, die den taum organisierten Mitgliedern hilfreich zur Seite stand. Und mögen sie unablässig für neue Missreiter Sorge tragen, damit ihren Kolleginnen aus den anderen Betrieben ebenfalls ein besseres Dasein erkämpft werden kann.

Automobilführer.

Warum Frau v. Papp nicht mehr Chauffeurin ist? Vor kurzer Zeit brachten die bürgerlichen Zeitungen eine Notiz über den Abgang der Droschken-Chauffeuse. Den Anlaß dazu soll angeblich ein Brief der Frau v. Papp an das "Deutsche Blatt" gegeben haben. Gleich griff nun auch das Vollesche Scharfmacherblatt diese Chauffeuse-Sensation auf und fasste da etwas von sozialdemokratischem Terrorismus. Frau v. Papp hatte angeblich in ihrem Brief die Sache so hingestellt, als ob sie ihren Beruf aufgegeben hätte, weil ihre männlichen Kollegen ihr in der anständigen Weise sagten haben, sie sollte sich der Organisation ihrer nunmehrigen Lebendengenossen anschließen. Angeblich schreibt sie wörtlich darüber:

"Als deshalb das Misgeschick — sonderbarerweise! — mich nicht verlassen wollte, wechselte ich, wiemöglich ungern, denn ich konnte mir keinen besseren Chef wünschen, die Stellung und erhielt ein Engagement bei einer Gesellschaft in Schöneberg. Und hier wäre ich vielleicht auch noch, wenn meine Kollegen mich nicht aufgefordert hätten, ihrem Verbande beizutreten. Sie forderten es nicht schroff, sie redeten mit feindlich und feindschaftlich zu, und trotzdem — Frau v. Papp kann keinen sozialdemokratischen Verbande angehören. Nicht weil sie auf Geburt und Namen pochte, deren Vorurtheile hatte ich aufgegeben, als ich mir sagte: Arbeit schändet nicht", und Arbeiterin wurde, aber ich hätte durch meinen Eintritt die Zukunft meiner Kinder gefährdet, und meinen Verwandten könnte ich es auch nicht antun. So lehnte ich ab, und da ich fürchten mußte, daß mir aus meiner Weigerung noch Unannehmlichkeiten erwachsen würden, stieg ich vom Post und wurde Chauffeur a. D. Das ist der einzige und wahre Grund."

Wir schreiben angeblich, weil wir nicht glauben können, daß Frau v. Papp, welche immer Wert darauf legte, eine anständige Frau zu sein, die wahren Ursachen, welche sie zur Aufgabe ihres Chauffeurberufes veranlaßten, verschleiert. Nach näheren Informationen hat die Frau von Papp ihre Arbeit deshalb aufgegeben, weil sie sich sezieller Liebenswürdigkeiten in den Betrieben kaum noch erwehren konnte. Mit dem Herrn Inspektor dieses Betriebes hat sie gekämpft, Briefe mit ihm gewechselt und diese auch verschiedenen Kollegen gezeigt. Nur weil sie sich zu bestimmten Sachen nicht gebrauchen lassen wollte, hat sie ihrer ersten Arbeits-

stelle Valet gesagt. In dem anderen Betriebe war sie 6 Tage tätig. Hier war ihre höchste Einnahme ca. 80 Ml. an einem Tage. Davon erhielt sie 1,50 Ml. Lohn und 20 pGt. Hiervom muhte sie aber noch 3,50 Ml. für ihren Mitfahrer abgeben. Was blieb da noch übrig, ist so gut wie nichts. Außerdem hatte Frau Papp keine Winterkleider, denn die bösen sozialdemokratischen Kollegen liehen ihr aus menschlichem Empfinden ihre Kleider. Für ihre Kinder konnte sie also unter diesen Umständen nicht sorgen. Frau Papp hat angeblich ihre Kinder schon 5 Jahre nicht gesehen.

Aber eins sei noch festgestellt. Ohne Mitfahrer war Frau Papp vollständig unfähig zu fahren, weil sie von einer Ortkenntnis in Berlin nicht die geringste Ahnung hatte. Auch ein Beitrag zur heutigen aktuellen Automobilführerfrage. Die Polizei prüft, prüft, prüft und fabriziert Strafmäntate. Frau v. Papp hat aber keine bekommen! Sie hatte ja gegen die Polizeivorschrift einen Mitsfahrer!

Blätter der Zeit. Wer legt die Gelegenheit hat, einen Blatt in die Fachblätter der Automobilbranche zu werfen, dem werden die große Zahl von Stellensuchenden Chauffeuren kaum entgehen. Ist es ein Wunder, wenn bei diesem Überangebot von Arbeitskräften, wie es zur Zeit wirklich herrscht, die Stellensuchenden zu den niedrigsten Mitteln greifen, um ihre Arbeitskraft den Beschäftigten anzubieten.

Wiederholt haben wir auf diese Art der Selbsterniedrigung hingewiesen und sie kritisirt. Aber immer mehr greift die Anpreiserklame um sich, und hervorragend kommen hierbei diejenigen Stellen suchenden Chauffeure in Betracht, welche sich um eine Privatstelle bemühen. Wie eine Rarität wird hier die Ware Arbeitskraft angeboten. Die wunderlichsten Angebote findet man in der "Automobilwelt". Dort scheint bei den Stellen suchenden die Hoffnung am größten zu sein. Eine Blatt wollen wir heute unseren Lesern wieder einmal vor die Augen führen:

Rutscher-Chauffeur

15 Jahre bei einer Herrschaft, wo von 8 Jahren als Kraftwagenführer, zur Zeit 8 Autos zu fahren und in Ordnung zu halten, möchte sich mal verändern. Derselbe ist durchaus nützlich, sicher und vorsichtiger Fahrer, sehr ordnungsliebend, verheiratet, 38 Jahr und kleine Familie; nur Herrschaften, denen es auf einen ganz besonders ordentlichen Mann ankommt, werden gebeten, Ihre werte Adresse nebst Gehaltsangabe usw.

Dieser "Rutscher-Chauffeur" müste eigentlich als Vorbild aller bürgerlichen Chauffeure hingestellt werden. Er ist, wie er selber sagt, sehr ordnungsliebend, und hält 8 Autos in Ordnung.

Nach dem Ausschluß der Annonce zu rechnen, scheinen ihm aber die 8 Autos zu wenig Arbeit zu machen, und sucht er nun eine Stellung, wo er neben 8 Autos noch ein Pferdegespann hat. Wahrscheinlich ist deshalb die Überschrift Rutscher-Chauffeur gewählt.

Ein anderer tüchtiger Chauffeur hebt hervor, daß er zuletzt den General-Direktor Ballin gefahren hat. Wieder ein anderer glaubt hervorheben zu müssen, daß er den Fahrchein schon als Schlosserlehrling erhalten hat. Außerdem findet man unter den Suchenden jüngeren Alters die meisten erstklassigen Fahrer.

Herr Dommenz sorgt in seiner "Chauffeurschule" dafür, daß die Chauffeure mit jedem gewünschten Nebenerwerb ausgerüstet werden. Chauffeur und Diener, wie remt sich das zusammen? Es widert einem an, wenn man diese hundebedenklichen Annoncen liest. Hier wird der Beruf des Chauffeurs auf das niedrigste Niveau herabgezogen. Aber woher kommt das? Von allen Seiten wird die Führerkarte erwartet. Auch die Herren Konservativen im Dreiklassen-Parlament zetzen über den heutigen Zustand. Aber gerade diese Klasse ist es, welche sich mit Vorliebe des obengenannten Personals bedient.

Der ganze Zustand des Chauffeurberufs, wie er heute ist, fällt allein auf die Klasse der Unternehmer und Besitzenden zurück. Es ist geradezu ein Stand, wie sich unsere Behörden über die Regelung aller wichtigen Verkehrsfragen hinwegsehen. Mit Strafmäntaten und Wrichten für die Führer, will man alle technischen und sonstigen Verkehrsfehler bestrafen. Warum kommen die Behörden dem schon jahrelang erkämpften Ruf der Transport- und Verkehrsarbeiter nach Einrichtung von staatlichen Fahr- und Fachschulen unter Paritätischer Vertrittung nicht nach? Warum mußte sich erst in einem so wichtigen Beruf für das Verkehrsleben eine wahre Halsabschneiderbande niederlassen, welche den Führern das Geld aus der Tasche zieht und ihnen das nicht lernt.

Wir kennen neben den unheilvollen "Chauffeurschulen" Betriebe, welche ihre Fahrer selbst ausbilden, wie "Bedag" und "Kandelhart", sie nehmen für die Ausbildung 50 Ml. Lehrgeld. Sechs Wochen lernen die Leute dort, und ca. 1 Jahr arbeiten sie ohne Verdienst als sog. Reservefahrer. Sie verstehen dann noch nicht einmal, wie eine Spule eingestellt wird. Wir brauchen bloß an die vierjährige Ausbildung zu denken, was wurde da im "Ausbildung" alles geleistet. Die Kuhnsche Schrift bestätigt unsere Behauptungen voll und ganz.

Wir sind uns darüber einig, das gewerbsmäßige Ausbilden von Chauffeuren führt zur Verschärfung des Verkehrs und schädigt das Verkehrsleben. Die heutige Ausbildung ist eine ungenügende. Da hilft aber auch ein einziger Ingenieur nicht darüber hinweg, sondern da muß der ganze Betrieb mithelfen. Und das kann nur durch die von uns schon so oft geforderten paritätisch geleiteten Fahrzeugschulen auf staatlicher oder städtischer Grundlage geschehen.

Nürnberg. (Schöffengericht.) Der Kraftwagenführer Friedrich Gallister ist zu 8 Tagen Haft verurteilt worden, weil er, als einem anderen Kraftwagen vorfuhr, nicht ein deutliches Halten mit der Hupe gegeben hatte. In einem weiteren Falle wurde Gallister zu 10 Ml.

Geldstrafe verurteilt, weil er bei der Auffahrt vor dem Hotel Luitpold sein Fahrzeug nicht mit einer gebrauchsfähigen Handbremse versehen hatte. Der mit angeklagte Kraftwagenbesitzer Adam Gutowski erhielt 20 Ml. Geldstrafe, weil er durch Mißbrauch seines Einflusses als Arbeitgeber den Galsterer bestimmt hatte, ohne gebrauchsfähige Handbremse aufzufahren.

Dieses Urteil bietet einen kleinen Einblick in die Reparaturwerkstätte eines Automobilbetriebes. Es ist einer der größten Nebenläden, das fast in allen, und häufiglich in den größten Betrieben, von Seiten der Leitung auf die Reparaturmeldungen der Führer so gut wie gar nichts gegeben wird.

Solange der Motor noch klappt,
Die Steuerung nur noch schlackert,
Die Räder sich noch drehn,
Muß es eben noch gehn.

Das ist zum größten Teil der leidende Grundsatz der Betriebs- und Werkstättenleiter. Derjenige Führer, der sich solchen Grundsätzen nicht fügen will, kann sich ohne Gnade mit der Entlassung bekannt machen. Auf der anderen Seite droht ihm aber die Strafe des Gesetzes. Was ist von beiden das kleinste Nebel?

Die Automobilführer können auch heraus erscheinen, daß die Ausbeutung und Verdrückung der Arbeiterklasse in allen Berufen die gleiche ist. Darum hinein in die Organisation der aufgelösten Kollegen in den deutschen Transportarbeiter-Verband. Gleiche Ziele, gleiche Kämpfe!

Vierfahrer.

Hamburg. Die Sektion der Bierkutscher und Stallleute hält am 26. Januar ihre Versammlung ab. Den Jahresbericht erstattete Henneicke. Er erklärte, einen ausführlichen Bericht nicht geben zu können, da er erst seit Oktober mit der Leitung der Sektion betraut sei, doch könne er sagen, daß ein erfreulicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen wäre. Die genauen Angaben über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit und die Anzahl der Mitglieder könnten die Kollegen aus dem nächstens erscheinenden gedruckten Jahresbericht unserer Ortsverwaltung erfahren. Hierauf berichtet Wolter vom Kuratorium und Schiedsgericht. Wir hatten Beschwerde zu führen gegen das Bürgerliche Brauhaus. Dort waren eines gerungen Verkehren wegen dreier Kutscher entlassen worden. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß sie beim Beladen der Wagen 14 Liter Bier zu wenig angekündigt.

Da wir nun nach sorgfältiger Prüfung und Untersuchung zu der Ansicht gelangten, daß nur ein Irrtum passiert sei, so stellten wir Ansprüche auf Entschädigung der drei Kollegen für entgangenen Lohn. Letzter wurden wir abgewiesen. Direktor Morgenstern vom Bürgerlichen Brauhaus erklärte nämlich, unter seinen Bierkutschern bestände ein förmliches Komplott, das Geschäft zu übervertreiben. In längeren Ausführungen suchte der Herr die Ehrlichkeit der Bierkutscher im allgemeinen und derenigen vom Bürgerlichen Brauhaus im besonderen herauszusetzen. Unter anderem erzählte er, daß in einer Wirtschaft schon einmal ein Vierfahrt entwendet worden sei. Von einem Verkäufer könne in diesem Falle gar keine Rede sein. Trotz aller Mühe war es unter diesen Umständen unmöglich, etwas für die Kollegen zu erreichen.

Von der Barmbecker Brauerei wurde unser Vertrauensmann, der Kellerarbeiter Markewitz, kurz vor Weihnachten entlassen. Auch hier war es uns nicht möglich dem betroffenen Kollegen zu seinem Rechte zu verhelfen. Röder flüchtete aus, hieran sei hauptsächlich der Arbeiterausschuß schuld, der sich weigerte, einen bestimmten Entscheid zu fassen. Es ließen diese ganzen traurigen Vorfälle gar keine Ruhe sein. Trotz aller Mühe war es unter diesen Umständen unmöglich, etwas für die Kollegen zu erreichen.

Vorauf erfolgte die Wahl der Sektionsleitung. Es wurden gewählt: Henneicke als 1. Vorsitzender, Röder als 2. Vorsitzender, Wolter als Schriftführer, Gangl und Weinberg als Türkontrolleure.

Über den Trinkzwang spricht Henneicke. Leider besteht die Unsitte allgemein unter den Bierkutschern, daß sie fast überall, wo sie liefern, etwas verzehren müssen. Nun könnte sich doch jeder denken, welche schädlichen Folgen für Geist und Körper das habe. Außerdem sei der größte Teil der Kutscher auch finanziell gernzt so gestellt, um derartig hohe Bezahlungskosten verhindern zu können. Deshalb müssen wir mit aller Macht danach streben, um dieses System zu beseitigen. In der Diskussion sprachen noch verschiedene Redner im Sinne des Referenten. Die Sektionsleitung wird beauftragt, möglichst zur Förderung dieser Sache zu unternehmen.

Hierauf Schluß der gewünschten Versammlung.

Droschkenführer.

Berlin. Der Seuge Lewinski, einer unseren Kollegen sehr bekannte Persönlichkeit, ist mit seinen Denunziationsblättern, welche er in geradezu freudhafter Weise betrieb, endlich einmal beim Gericht abgefunden.

Gallister hatte vor längerer Zeit zwei Droschkenführer, welche an der Schönstraße gehalten hatten, angezeigt, weil sie ihm die Fahrt verweigert hatten. Trotzdem Herr Lewinski wegen seiner Machinationen und Denunziationsen bei der Polizei wie ein bunter Hund bekannt ist, erhielten die beiden Kollegen jeder eine Strafverfügung in Höhe von 10 und 15 Ml. gegen welche sie Widerruf erhoben. Der Sachverhalt war einfach der, daß der eine der beiden Kollegen austreten wollte und dem anderen, welcher vor ihm hielt, sein Fuhrwerk übergeben hatte. In diesem Moment kam Lewinski und wollte einen der beiden engagieren; der zielende Gallister bedeckte ihm, daß er das Fuhrwerk beauftragt hatte, man verries Lewinski an einen anderen Betrieb ebenfalls dort hinstehenden Kollegen, welcher fahren wollte. Lewinski ging darauf jedoch nicht ein, sondern erstaute Anzeige gegen die beiden Kollegen.

Das Schöffengericht kam auch zu einer Verurteilung der beiden Kollegen, aber auf die eingelagerte Berufung kam die Strafkammer in beiden Fällen zu einem anderen Resultat. Auf Beifragen nach seinen Vorstrafen mußte Lewinski zugeben, daß er schon dreimal wegen Beleidigung bestraft sei. Ferner behauptete er, im Jahre 1907 etwa

nur 6 bis 8 Anzeigen gegen Droschkenführer erstattet zu haben, gab aber später zu, daß es auch 12 sein könnten. Mit Bezug auf die nicht ganz einwandfreie Aussage des Lewinski beantragte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung der Kollegen, welchem Antrage vom Gericht stattgegeben wurde.

Ob Herr Lewinski, dieser klassische Zeuge, nun seine Tätigkeit als Denunziant einstellen wird, wollen wir abwarten, jedenfalls hat seine Glaubwürdigkeit, an die wir immer gezweifelt haben, einen empfindlichen Stoß erlitten, denn das Gericht hat ihn selbst für nicht glaubwürdig erklärt.

Bemerkten wollen wir noch, daß Lewinski in allen Fällen, die uns bekannt sind, immer erst die Kollegen provoziert hat, um eine Handhabe zur Anzeige zu haben. In einem Falle schlug er einem Kollegen das Fahrgeld aus der Hand und als dieser darüber empört seinem Anger in wenigen schmeichelhaften Worten Lust mache, erstattete L. eine Anzeige wegen Unhöflichkeit.

Wir könnten noch mehrere ähnliche Fälle anführen, doch ist dies weiter nicht notwendig, da der Herr unter unseren Kollegen sich schon bekannt genug gemacht hat. Sollte derselbe jedoch wieder Ermüten seine Tätigkeit in dieser Beziehung fortzuführen und sich erlauben, auf diesem Wege weiteres zu leisten, so möchten wir die Kollegen, welche davon betroffen werden, ersuchen, sich unverzüglich im Bureau der Droschkenführer, Schillingstr. 6, zu melden, damit Herrn Lewinski auch für fernerhin das Handwerk gelegt wird.

Berlin IV. Am Donnerstag, den 30. Januar, fand die ordentliche Generalversammlung des Vereins der Droschkenführer Berlins und Umgegend, Mitgliedschaft IV des Deutschen Transportarbeiter-Verein, statt. Dieselbe war gut besucht und wurde um 10 Uhr eröffnet. Nachdem der Protokollführer das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung verlesen und dasselbe für richtig befunden wurde, gebaute der Vorsitzende der im letzten Quartal verstorbene Mitglieder Böll, Schüler, Lehmann, Geffron, Berlin, Schmidt, Kuhnert, Hellmann, Raue, Schaub, Wolf, Biesfeldt und Biegler.

Hierauf gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht für das 4. Quartal 1907. Denselben war folgendes zu entnehmen: Was den Mitgliederbestand betrifft, so muß eingestanden werden, daß ein Rückgang eingetreten ist. Als Hauptgrund hierfür dürfte die im Berufe herrschende Dienstlosigkeit anzusehen sein. Es kann aber auch einzelnen Kollegen in die Schuhe geschoben werden, welche allem Anschein nach sich darin berätigen, eine Gegenagitation gegen den Verband resp. die Ortsverwaltung IV zu betreiben, um eventuell im Trüben flüchten zu können. Die im vergangenen Quartal abgehaltenen Bezirksversammlungen waren meistenteils schwach besucht, was auf sehr wenig Interesse der Mitglieder sowie Vertrauensteile schließen läßt. Mit Bezug auf die geschäftlichen Arbeiten ist folgendes zu bemerken:

Abgehalten wurden 8 Mitglieder- und eine öffentliche Versammlung, 7 Vorstandssitzungen, 2 kombinierte Sitzungen und 17 Bezirkssitzungen. Schriftstücke wurden 891 angefertigt. Dieselben verteilten sich in folgender Weise: 125 Widerstreiche, 86 Verurkundungen, 50 Schriftstücke verschiedener Art, 32 Zahlungsauforderungen, 27 Bezeugungen, 22 Rechtschreibungen, 12 Blätter, 5 Anträge um Ratenzahlungen von Gerichtskosten, 5 Revisionsanträge, 5 Unfallfischen, 5 Steuersachen, 4 Strafanträge, 4 Streitsachen, 4 Zahlungsbefehle, 8 Beschwerden und 8 Gewerbegegenbeschäfungen.

Der freie Rechtschlag wurde in 84 Fällen bewilligt und erforderte eine Ausgabe von 701,78 M. Von den Kollegen, welche denselben nachgesucht hatten, wurden 5 freigesprochen, bei 10 wurde eine teilweise Freisprechung erzielt, die übrigen Fälle endeten mit Verurteilung.

An Beerdigungshilfe zahlte die Ortsverwaltung für verstorbene Frauen und Kinder der Kollegen in 8 Fällen 815 M. Diese verteilten sich für Frauen auf 1 mit 80, 8 mit je 50, 1 mit 40 M. und auf 8 Kinder mit je 25 M. Erstaunterstützungen wurden in 8 Fällen mit insgesamt 80 M. bewilligt. Krankenunterstützungen wurden in 186 Fällen gezahlt.

Von der Hauptkasse wurden gezahlt an Krankenunterstützungen 2769,80 M., an Beerdigungshilfe in 18 Fällen 1060 M., davon in 4 Fällen je 120 M., in 2 Fällen je 100 M., in 1 Fall 80 M., in 8 Fällen je 60 M., in 8 Fällen je 40 M., an Arbeitslosenunterstützung 108 M. in 8 Fällen bei einer Arbeitslosigkeit von 91 Tagen, an Extraunterstützungen in 4 Fällen insgesamt 50 M., in Summa 4884,65 M. Die Hauptkasse erhält demgemäß haat 5694,90 M. Die Mitgliederzahl betrug am Ende des 4. Quartals 2550.

Auf Verlesung des Kassenberichts wurde verzichtet, da derselbe im "Courier" veröffentlicht war. Nachdem einzelne gestellte Anträge betr. des Berichts beantwortet waren, nahm von den Revisoren Kollege Nölte das Wort. Derselbe teilte mit, daß die Revisoren die Einnahmen wie Ausgaben, sowie Bücher und Belege genau geprüft und alles in bester Ordnung gefunden haben und beantragt, dem Vorstande Decharge zu erteilen. Die Versammlung stellte hierauf dem Vorstande einstimmig Decharge.

Hierauf wurde zum 2. Punkt Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren, geschriften. Gemäßt wurden: Wilhelm Knitter, 1. Vorsitzender, August Becker, 2. Vorsitzender, August Hentschel, 1. Kassierer, Carl Wendt, 2. Kassierer, Heinrich Schreiber, 1. Schriftführer, August Melom, 2. Schriftführer, Befischer Otto Spöring, Carl Solemsel und Gustav Binder. Revisoren Richard Möller, Ernst Thram und Wilhelm Schimke. In den Vorstand der Bezirksleitung Groß-Berlin wurden die Kollegen Knitter und Spöring gewählt.

Zu Punkt 3, Beratung der gestellten Anträge, lag ein Antrag der Sektionsleitung der Automobilfahrer vor, welcher sich auf die Arbeitswilligen von der Ausverkündung bezog. Es wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit von Fall zu Fall zu entscheiden. Nachdem noch verschiedene Berufsprüfungen besprochen wurden, erfolgte Schlüß der Versammlung.

Hamburg II. Generalversammlung vom Dienstag, den 23. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Peters, Müller und Hempel in der üblichen Weise.

Wieck gibt die Abrechnung vom 4. Quartal: Einnahmen 18945,85 M., Ausgaben 8678,85 M., abgeschönt an die Hauptkasse 2450,50 M., Kassenbestand 10267,20 M.

Hierauf teilt Kollege Albrecht mit, daß unsere Eingabe auf Vermehrung der Wagen am Steinthormeg von der Behörde abgelehnt worden ist, ferner wird uns mitgeteilt, daß an der Ostseite des neu angelegten Teiles des Heldenkampsweg, gegenüber dem Bahnhof, Berliner Tor und Ecke Göckeler- und Curschmannstraße, je ein Posten von drei zweitürigen Wagen eingerichtet ist und ferner, daß die Kutscherei der auf Posten Jungfernkiez und Gänsemarkt haltenden zweitürigen Wagen verschach, wenn sie von einem nach dem andern Posten vortrücken, ihr Pferd am Kopf führen, dieses ist in Zukunft nicht mehr gestattet, vielmehr muß die Lenkung des Pferdes vom Poste aus erfolgen. Alsdann wird beschlossen, das Mitglied Koss, welches als Kontraktshauermann gearbeitet hat, aus dem Verbande auszuschließen und dieses beim Centralvorstand zu beantragen. Einem Antrage, unser Vorwürfen bei der Sparfasse „Production“ zu belegen, wurde einstimmig zugestimmt. Zum Jahresbericht kommt Albrecht, daß bei Beerdigungen von Kollegen die Gesellschaft so schlecht zusammen zu bekommen ist, es müsse doch jeder soviel Takt beibehalten, wenn er Bescheid bekommt, dann auch wirklich folgt, denn bei der jetzigen großen Mitgliederzahl wird es nicht häufig vorkommen.

Ferner bemängelt Kedner, daß unser Arbeitsnachweis nicht genügend benutzt wird. Zum Punkt, wie verbessern wir unsere Einkassierung, bemerkte Kedner, unser Verband, Hamburg II, hat sich beinahe verdoppelt und jeder könnte leicht sehen, wie notwendig es war, daß wir uns dem Transportarbeiterverband anschließen haben, nun ist aber klar, daß die Arbeiten in der Verwaltung immer größer wurden, sodass wir im letzten halben Jahr nicht mehr in der Lage waren, die erforderlichen Arbeiten, geschweige noch die Einkassierung und die wöchentliche Verbreitung unseres Fachorgans innerhalb unserer Arbeitszeit so zu erledigen, wie sie hätten sein sollen. Darum stellt die Ortsverwaltung den Antrag, einen Beamten, der die Büroarbeiten zu erledigen hat, ferner einen Einkassierer mit der Ortsverwaltung I zusammen anzustellen, die Bezahlung des Letzteren prozentual von den von ihm einkassierten Beiträgen zu verrechnen. Hierüber entspannt sich eine heftige Debatte, in dem einen Punkt, einen Beamten anzustellen sind alle Kollegen einig, aber gegen einen Einkassierer wenden sich Görs und Städten in der Meinung, daß dieses System bei uns nicht klappen kann, denn unsere Kollegen müssen auf den Posten einkassiert werden, wie es bisher üblich war und zwar durch die Unterkassierer. Kollege Schumann-Berlin, hat bis vor kurzer Zeit noch auf dem Standpunkt der besten Kollegen gestanden, solange der „Courier“ alle 14 Tage erschien, ging die Sache auch sehr gut, aber seit dem Sichtigen Er scheinen derselben geht es eben gar nicht mehr. Daraufhin ist der Centralvorstand dazu gekommen, Einkassierer anzustellen, und in Berlin ist es wieder Erwartet sehr gut gegangen. Kedner ist nun der Ansicht, ebenso wird es in Hamburg gehen und die Organisation wird auf der Höhe bleiben, es gehen dann nicht so viele Wochenbeiträge verlustig, auch werden nicht so viele Kollegen gestrichen werden, die Kontrolle auf dem Posten wird eine schärfere werden und die wöchentliche Einkassierung für die Kollegen eine viel leichtere Bezahlung der Beiträge, ebenso bekommt dann jeder seine Zeitung mit zugestellt und blättert die Kollegen, dem Antrag der Verwaltung zuzustimmen. Hierauf wird der Antrag, einen Kollegen anzustellen, der die Verbandsgeschäfte erledigt, einstimmig, der Antrag, auf Anstellung eines Einkassierers, gegen 18 Stimmen, angenommen. Die Stellen werden im „Courier“ ausgeführt und Bewerbungen an den Verbandsvorstand erbeten.

Nunmehr wird zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. Gewählt wurden einstimmig als 1. Bevollmächtigter Albrecht, als 2. Bevollmächtigter Linn, als 1. Schriftführer Hartmann, als 2. Schriftführer Born, als 1. Kassierer Wieck, als 2. Kassierer Wärne, als Befischer Pedersen, Verband und Kiekel, als Revisoren Görs, Egner und Charpentier.

Kurz vor Schluß der Versammlung verließ Albrecht einen interessanten Brief, welcher eine schallende Resonanz hervorrief.

Verein Hamburger Droschkenfischer von 1888.

Herrn Gust. Albrecht

Teile Ihnen hierdurch mit, daß laut Versammlung beschluß, sämtliche bis jetzt bestandenen geschäftlichen Verbindungen obigen Vereins mit dem Hr. Schreiber abgebrochen sind.

J. A.: Rotermundt.

N.B. Bezeichnend für den Namen „Verein Hamburger Droschkenfischer von 1888“ ist, daß der Unterzeichnete des Briefes ein Fuhrmann ist, welcher selbst mehrere Aufsichter beschäftigt.

Wir erklären, seit Bestehen unseres Verbandes, Hamburg II Droschkenführer, wüssten wir wirklich nicht, jemals mit dem Droschkenfischerclub von 1888 geschäftliche Verbindungen gepflogen zu haben, denn unsere Anschauungen stehen sich ja traz gegenüber, wir sind eine moderne Arbeitersorganisation, die des Vereins der 88er ein Verbindungsklub, wir schauen mit Bedauern auf die winzige Anzahl Mitglieder des 88er Vereins hinab, in der Versammlung, in der der uns zugestellte Brief abgefaßt wurde, mögen wohl nicht über 6 Mitglieder anwesend gewesen sein, und auch diesen werden die Augen geöffnet, indem sie erkennen werden, daß die moderne Arbeiterorganisation die beste ist“.

Zum Punkt Wintervergnügen wird beschlossen, unser Kostenfest am Montag, den 2. März abzuhalten. Herrenkarte M. 1,-, Damenkarte M. 0,60.

Ferner wird beschlossen, bei der Behörde vorstellig zu werden, daß das Gefahren des Jungfernsteigs von beiden

Seiten im Trabe während der Bauzeit der Untergrundbahn über den Rathausmarkt, wodurch zweifellos bedeutende Verkehrsskalitäten entstehen, wieder frei gegeben wird.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schlüß der sehr gut besuchten Versammlung.

Gefsterpuher.

Hamburg. In der Versammlung am 23. Januar referierte der Sektionsleiter über die Frage: „Was sind unsre nächsten Aufgaben.“

Eingehend den Streit schließend, und die jetzige Lage am Orte beschreibend, die neue Taktik der Unternehmer in Rechnung stellend, welche herbeigekommen, bei Lohnbewegungen ihre Mitglieder ins Auslandsgebiet zu werfen, und selbst eigenhändig die Arbeit zu verrichten, sind wir zu dem Entschluß gekommen, bei dem Centralvorstand zu beantragen, für die Fensterpuher einen Kongress einzuberufen. Um diesem Treiben der Unternehmer entgegentreten zu können, bedarf es einer mündlichen Aussprache.

Dieses wurde in der Versammlung einstimmig angenommen mit dem Zusatz, daß der Kongress möglichst in Hannover oder Westphalen stattfindet, weil dabeißt die hauptsächlichste Bruttostätte der arbeitswilligen Arbeitgeber besteht.

Handelsarbeiter.

Leipzig. Einen recht erfreulichen Erfolg erzielten die Kollegen in der Buchhandlung von Bruno Witt.

Konnte diese Firma bis jetzt noch nicht dazu verstehen, den zwischen unserer Organisation und dem Buchhändler-Gutsverband im Jahre 1907 vereinbarten Lohn und Arbeitsstarif anzuerkennen und in allen seinen Teilen einzuhalten, so versuchten vor kurzer Zeit unsere Kollegen diesen Unternehmer dazu zu bewegen, die Überstunden zu bezahlen, was auch zugesichert wurde.

Kurze Zeit darauf erhielt ein Kollege seine Kündigung mit der Begründung, daß ein neuer Mann eingestellt würde, welcher dessen Tätigkeit mit verrichtet, der wirkliche Grund bestand vielmehr in dem Vorzeichen unserer Kollegen und betrachteten dieselben diese Kündigung als eine Maßregelung. Die Organisationsleitung erhielt den Auftrag, Verhandlungen mit dem Unternehmer darüber herbeizuführen, was aber von diesem ohne jede Begründung abgelehnt wurde.

Darauf beschlossen die Kollegen, am anderen Morgen die Arbeit niedرزulegen, was auch einmütig geschah. Hierauf sah sich nun endlich Herr Witt veranlaßt, mit uns zu verhandeln und erkannte durch Unterstift nach kurzer Verhandlung folgende Vereinbarung an:

Die Firma Bruno Witt Leipzig verpflichtet sich, den zwischen dem deutschen Transportarbeiter-Verein und dem Buchhändler-Gutsverband im Jahre 1907 vereinbarten Lohn und Arbeitsstarif in allen seinen Teilen anzuerkennen und einzuhalten.

Leipzig den 30. Januar 1908.

Bruno Witt.

Hierauf nahmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Wegen die Kollegen daraus die Lehre ziehen, daß durch Einfügung und mit Hilfe der Organisation es sehr gut möglich ist, ihre Interessen in wirksamer Weise zu wahren.

Nürnberg. Ohne Vereinbarung der Kündigung frist mit 18. März Wochenlohn war der Ausläufer Hupfer bei dem Kaufmann Häpp, welcher hier eine Schnellschreiber betreibt, beschäftigt. Vereinbart soll eine 10stündige Arbeitszeit gewesen sein. Für besondere Dienstleistungen war dem Ausläufer ein höheres Weihnachtsgeschenk versprochen worden; er erholt jedoch nur 3 M. Dieser Betrag war dem Ausläufer zu gering, und er verlangte seinen Lohn für den 25. und 26. Dezember. Gleichzeitig sagte Hupfer seinem Arbeitgeber, er komme am 27. Dezember wahrscheinlich nicht, da er sich wegen der Überstunden beim Gewerbegericht erklungen will. Häpp soll darauf in großer Erregung geraten, den Hupfer angepackt und zu Boden geworfen haben. Als sich der Ausläufer wehrte, soll Häpp gerufen haben: „Sie schuft, Sie kompon mit nicht mehr herein!“ Gleichwohl will sich Hupfer am 27. Dezember im Geschäft eingefunden haben, jedoch von Häpp nicht angenommen worden sein. Da der Ausläufer keine andere Beschäftigung gefunden haben will, fordert er für 14 Tage Lohnentnahmung, ferner seinen Lohn für den 25. und 26. Dezember, weiter verlangt er für die Überstunden, welche er in der Zeit vom 1. August bis 24. Dezember geleistet hat, für die Stunde 30 Pfennig, und endlich für Sonntag, den 15. und für Sonntag, den 22. Dezember, für welche Stunde er nur je 1 Mark erhalten haben will. 4 M. nach, insgesamt fordert Hupfer 89,50 M. Der Beklagte erklärt, der Ausläufer habe am 24. Dezember aus Witt über das schlechte Weihnachtsgeschenk gefragt, er komme nicht mehr. Der Kläger habe im übrigen 12 Mark Borschuk, die er noch nicht zurückgezahlt habe. Es sei dem Kläger beim Eintritt auch gefragt worden, die Arbeitszeit sei eine unregelmäßige; er habe auch nie die Überstunden bezahlt verlangt. Durch die Frau des Beklagten wird schließlich beschworen, daß Hupfer gesagt habe, er komme am Freitag nicht wieder. Nach längerer Verhandlung erklärt sich der Beklagte bereit, sofort im Vergleichsweg 10 Mark zu bezahlen, womit der Kläger zufrieden ist. Ferner verzichtet der Beklagte auf den vom Kläger nicht abverdienten Borschuk.

Stralsburg t. Els. Vor kurzem wiesen wir in einem Artikel in der „Freien Presse“, betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der hiesigen Hausdiener und Packer, darauf hin, daß mancher der Kollegen gewissermaßen durch das profitierende Unternehmertum geradezu zum Diebstahl gezwungen wird. Niedriger Lohn ist allerdings kein Grund, sich auf unrechtfertige Art zu bereichern, jedoch ist es manchmal menschlich begreiflich, wie uns folgende Notiz, deren Inhalt jedem Kollegen empfohlen sein soll, beweist:

Ein Operer der wirtschaftlichen Verhältnissen. Der 34jährige Packer M., der bei dem Bäckerwarenfabrikant

Pallee in Straßburg beschäftigt gewesen war, wurde von seinem Schwiegervater wegen Diebstahls denunziert. W. verdiente in seiner Vertrauensstellung den „horrenden“ Wochenlohn von 17,25 Mk. bei einer Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 7 Uhr. Dieser geringe Lohn, der in geregelten Verhältnissen bei diesen teureren Lebensmittelpreisen kaum ausreichen kann für eine Familie mit 8 Kindern, wie dies bei dem Angeklagten der Fall ist, war die Ursache, daß sich W. an fremdem Eigentum vergriß. Der Angeklagte fuhr täglich von Holzheim nach Straßburg zur Arbeitsstätte und abends mit der Bahn wieder zurück nach Hause, wodurch sein Einkommen wiederum um ein Beträchtliches geschränkt wurde. Solange normale Verhältnisse waren, konnte sich der Angeklagte recht und schlecht durchschlagen, jedoch unerbittlich verfolgte ihn das Schicksal. Infolge langer Krankheit seiner Frau und Kinder geriet er in Schulden. Die Gläubiger drängten, sein Gehuch um Lohn erhöhung wurde abschlägig beschieden, wie der Buchhalter der Firma Pallee auf Fragen des Verteidigers, Herrn Dr. Jäger, bestand, und da ließ W. sich hinreißen, was menschlich begreiflich erscheint, widerrechtlich Zucker und Mehl zu entwenden und zu verkaufen, um so weiter aus der Finanzmisere herauszukommen. Der Staatsanwalt beantragte 5 Monate Gefängnis. Recht treffend schilderte der Verteidiger die miserable, jammervolle Entlohnung der Firma Pallee. Weiter verlas er ein Schreiben der Frau des Angeklagten, die, der Verzweiflung nahe, bittet, ihr und ihren Kindern den Ernährer zurückzugeben, der seit dem 19. Oktober in Untersuchungshaft war, sie müssten schon seit 1½ Monaten Hunger leiden. Der Verteidiger bat um eine milde Strafe, weil der Angeklagte geständig und trog seiner 84 Jahre imbestraft ist, die Strafe aber mindestens so zu bemessen, damit sie durch die Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wird. Das Urteil des Schöffengerichts lautet auf 2 Monate Gefängnis, wovon 1 Monat als verbüßt erachtet wird. Der Haftbefehl wurde vorläufig aufgehoben.

Der Mann muß also 3 Monate im Gefängnis sitzen, seine Existenz ist vernichtet. Und als wir ihn vor einiger Zeit zum Beitritt in die Organisation bewegen wollten, damit wir gemeinsam unsere Lage verbessern könnten, da hieß es: „Ich brauche keinen Verband.“ Wie viele haben wir noch, welche die gleiche Antwort geben?

Stuttgart. Angeregt durch den Tarifabschluß in der Buchhandlung und Druckerei Vorwärts (siehe Courier Nr. 35 vom vorigen Jahr), traten die Kollegen bei der Firma Paul Singer und der Schwäb. Tagwacht ebenfalls zusammen, um Stellung zu einer Tarifbewegung zu nehmen. Nach einigen Verhandlungen kam folgender Tarifvertrag zu Stande.

Tarif-Vertrag
zwischen der Firma Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Stuttgart) in Vertretung her bei der Firma beschäftigten Bader und Höf-
arbeiter.

Arbeitszeit.

Dieselbe beträgt täglich effektiv acht Stunden.

Regelung des Lohnes.

Der Anfangslohn für alle oben Benannten regelt sich wie folgt:

1. Bei einem Alter von 16—22 Jahr beträgt der Anfangslohn immer zwei Mark mehr, wie das Alter des Betreffenden ist.
2. Bei einem Alter von 22 Jahr bis zum 25. Lebensjahr, beträgt der Lohn 24 Mark pro Woche.
3. Bei einem Alter von über 25 Jahren beträgt der Anfangslohn 26 Mark pro Woche.

In allen Positionen steigt der Lohn lächerlich um 1 Mark pro Woche, bis zum Höchstlohn von 33,30 Mark pro Woche.

Ausbildsarbeiten.

Ausbildarbeiter erhalten bei einem Alter unter 20 Jahre auf die Dauer von einer Woche eine Zulage von 3 Mark zu dem der Altersklasse entsprechenden Wochenlohn. Bei einem Alter über 20 Jahre beträgt die Zulage auf die Dauer von einer Woche 5 Mark zu dem der Altersklasse entsprechenden Wochenlohn.

Überstunden.

Überstunden werden wie folgt bezahlt:
Für die beiden ersten Stunden erfolgt ein Zuschlag von 25%, für die beiden folgenden ein solcher von 33% und für die folgenden Stunden ein Zuschlag von 50% zu den durchschnittlichen Stundenlöhnen.

Sonntagsarbeit wird mit 50% und Feiertagsarbeit mit 75% Zuschlag bezahlt.

Bereits bestehende Löhne dürfen nicht gekürzt werden.

Geben im der betr. Abteilung Beschäftigten wird im Sommer ein Urlaub von acht Tagen gewährt.

Dieser Tarifvertrag tritt in Kraft am 1. Januar 1908 und gilt auf je ein Jahr weiter, wenn er nicht von einer der vertragsschließenden Parteien jeweils vier Wochen vor Ablauf eines Jahres gelündigt wird.

Stuttgart, den 1. Januar 1908.

Für die Firma:
pp. Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei
J. Belli. X. Kirchhoff,

Für die Organisation:

A. Dreher.

Als wichtigstes ist herzobzuhaben, daß der Höchstlohn von 30 Mark auf 33,30 Mark hinaufgesetzt wurde. Die sofortigen Lohnzulagen kommen wie folgt zum Ausdruck: 4 Kollegen erhalten durch Einführung des Tarifes pro Woche 1 Mk., 1 Kollege 2 Mk., 2 Kollegen 2 Mk. und 1 Kollege 4 Mk. mehr. Bei der Schwäbischen Tagwacht ist es zu einem Tarifabschluß nicht gekommen und zwar in Hinsicht auf die in diesem Jahre eintretenden einschneidenden Verän-

derungen. Die Verbesserungen in diesem Betrieb bewegen sich zwischen 1 und 4 Mark pro Woche. Wenn wir diese Lohnsätze mit anderen Buchhandlungen, Buchdruckereien oder verwandten Betrieben vergleichen, so muß man sagen, die Mehrzahl der Kollegen muß um wahre Hungerlöhne arbeiten. Es ist anzugeben, daß diese Sätze in anderen Betrieben nicht auf einmal erreicht werden können, aber besser könnten sie gestellt sein, wenn sie sich erst mal organisieren würden. Vielleicht trägt dieser Abschluß dazu bei, daß die Kollegen der Firmen Stähle u. Friedel, Union, Deutsche Verlagsanstalt und vom Neuen Tagblatt, sich erinnern, was für eine bodenlose Unnachgiebigkeit sie vor einem Jahr gemacht haben, als sie nach kurzer Zeit wieder aus der Organisation ausgetreten sind. Ohne Zweifel wären auch sie heute besser daran, wenn sie der Organisation bei geblieben wären. Erfreulich an diesem Abschluß ist weiter, daß der Sonnun-Werkein nun nicht mehr in der Lage ist, bei jeder Gelegenheit renomieren zu können, er zahlt seinen Handels- und Transportarbeitern, „den ungelernten Leuten“, die höchsten Löhne in Stuttgart.

Die bayerischen Handwerkskammern gegen die Sonntagsruhe. Auf deren kürzlich stattgefundenen Konferenz berichtete über die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe die Handwerkstattmeier Würzburg und erklärte sich dabei gegen jede weitere Ausdehnung, namentlich, soweit die Nahrungsmittelgewerbe in Betracht kommen. Die Konferenz nimmt auch zu dieser wichtigen Frage nach eingehender Diskussion in folgender Resolution Stellung: Die am 3. Februar 1908 in Nürnberg stattgehabte Konferenz der 8 bayerischen Handwerkskammern erachtet die weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe nach der Richtung hin, daß die Geschäftsräume an Sonn- und Feiertagen auf 3 Stunden beschränkt werden und die Geschäfte spätestens um 2 Uhr nachmittags geschlossen sein müssen, als eine das Handwerk und vornehmlich die Nahrungsmittelgewerbe schwer schädigende Einrichtung, die vornehmlich den Ruin mancher Einrichtungen im Handwerk und im Handelsgewerbe zur Folge haben würde. Sie bittet die bayerische Staatsregierung, im Bundesstaat gegen jede Erweiterung der Sonntagsruhe-Bestimmungen energisch Stellung zu nehmen und insbesondere für die Aufrechterhaltung der seitherigen Ausnahmevereinbarungen für das Nahrungsmittelgewerbe einzutreten.

Auf Antrag der Handwerkskammer der Pfalz wird beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz die Frage der Verlängerung des Notenprivilegiums der Bayerischen Notenbank zu legen und ein bezügliches Referat erstatzen zu lassen.

Aus den Jugend-Abteilungen.

Berlin. Am Sonntag, den 26. Januar, hielt in einer gut besuchten Versammlung der Jugendsektion Arbeitersekretär G. Brückner einen für die Kollegen nicht nur interessanten, sondern auch lehrreichen Vortrag über die „Pflichten und Rechte des jugendlichen Arbeiters“. Der Referent führte in leicht verständlicher Weise die Kollegen in die für die Arbeiter hoch wichtige Arbeitsschutzgesetzgebungsbestimmungen, die Gewerbeordnung, Krankenversicherung usw. ein. Gleichzeitig machte der Referent die jugendlichen Kollegen auf ihre Pflichten und Rechte als Verbraucher aufmerksam und wies auf die vielen Unterlassungsfürden hin, die von Jugendlichen im Arbeitsverhältnis gemacht werden. D. B. trotzdem eine 14-tägige Kündigung in vielen Geschäften noch üblich ist, bemühen sich die Kollegen selten, wenn sie plötzlich ohne Grund entlassen werden, ihr gutes Recht beim Gewerbeamt geltend zu machen. Ebenso verhält es sich bei Stellung von Kauflisten seitens der Jugendlichen. Deshalb ermahnte der Referent die Kollegen zum Schluss, praktisch das Gehörte zu vermerken und wichtige Beschwerden an der bekannten Stelle, wenn möglich, ohne lange zu warten, vorzubringen. Der gut aufgenommene Vortrag wurde noch von den Kollegen selbst durch Mitteilungen aus dem Beruf und Fragen außerordentlich interessant ergänzt.

Im zweiten Teil der Tagesordnung gab Kollege H. Schröder den Jahresbericht. Er berichtete, daß gegen das Vorjahr ein kleiner Erfolg für die Sektion zu verzeichnen ist, daß aber das Interesse für ihre Sektion bei den Kollegen erst gegen Ende des Geschäftsjahrs zu erwachen scheint. Das Agitationssystem mußte im Laufe des Jahres vollständig umgestaltet werden, da die allgemeinen Versammlungen von den Kollegen sehr schwach besucht worden sind. Nicht viel Besseres ist von den Ausflügen, die im Laufe des Sommers angelegt worden waren, zu berichten.

Eine Besserung ist jetzt durch die Bezirkseinstellung und Erneuerung von Bezirksteilern erzielt.

Ganz besonders machte Kollege Schröder auf den Arbeitsnachmelbericht des abgelaufenen Geschäftsjahres aufmerksam. Das Jahresresultat, daß der vierte Teil von den gemeldeten Stellen nur besetzt werden konnte, sollte doch die Jugendlichen und die Eltern auf den Wert der Organisation aufmerksam machen. Jeder erwachsene Arbeiter, der Gelegenheit hat, die sich täglich wiederholende Schauspiele an den Arbeitsmarktausgaben mitanzusehen, wie gerade die Jugendlichen, mit 10—20 Konkurrenten um die 10 und 12 Mk.-Stellen erst laufen, dann feilschen müssen, sollte wenigstens in seinem Kreise für die Organisierung der Jugendlichen eintreten, damit diese und viele andere Mütze-

Nach der Erstattung des Berichts wurde die Wahl der Sektionsleitung vorgenommen. Einstimig wurden wieder gewählt die Kollegen: K. Kahler, H. Schröder, R. Maclarian. Neuwählte wurden die Kollegen: Robert Allemann, Max Kosmehl, Hans Schmolke, Paul Pschlicholz.

Transportarbeiter.

Interessant! Von der mit vielen Tamtam ins Leben gerufenen Zeitung „Das Wort“, in der der unserseits tätigste Allgemeinmann Emil Beck, Schauspieler a. D.

(und „gern zu Diensten“), das „Wort“ führt, werden im ganzen 1000, geschrieben: Ein tausend, Exemplare bei König & Adler, Berlin S. 42, Ritterstraße 26, gedruckt und Milchballe verteilt uns, daß von diesem „Ein tausend“ 890 Freiexemplare zur Agitation gegen . . ., 10 Freiexemplare an „Wort“-Führer à la Beck versandt werden und der Rest in das Archiv wandert. Wenn die Herren sich ähnlich einbilden, hiermit „manches“ aus den Angeln heben zu wollen, dann können wir nur diesem „Wollen“ des „Wortes“ uns beschließen. Wie sagt doch ein Dichtermann:

Es kommt mit Macht die neue Zeit,
Trotz allem Dammerfern . . .
Und wer sie nicht begreifen will,
. . . Der muß sie bald begeisen . . .

München. Die Ladeinnung, welche vom letzten Speditionarbeiterstreik mit ihren 200 kommandierten Streikbrechern noch rühmlich bekannt ist, glaubt nun mehr den Zeitpunkt für gesommen, die unliebhaften Streikbrecher des althergebrachten aus dem Betriebe zu entfernen. Sagte doch Herr Haller: „Ich werde euch den Verband noch austreiben.“ Daß dies aber nicht so leicht geht, müssen die Meister in der vergangenen Woche wieder sehen. In letzter Zeit haben Ausstellungen stattgefunden, die den Abmachungen direkt zuwiderlaufen.

Beim letzten Tarifabschluß wurde vereinbart, daß bei Arbeitsmangel immer die zuletzt eingestellten entlassen, und bei Bedarf von Arbeitern die Entlassenen in der umgekehrten Reihenfolge wieder eingestellt werden sollen. Die Herren Meister, obwohl ihnen dies bekannt sein mußte, kümmerten sich wenig um dies Verprechen, sondern entließen die Leute, die eine 1½ bis 5jährige Dienstzeit nachweisen konnten. Die Organisation erhielt hierin eine Maßregelung, weshalb sie das Einigungamt des Gewerbe-

gerichts ansieht. Lademeister Sturm konnte sich natürlich nicht mehr entwinden, einer derartigen Verpflichtung zugestimmt zu haben. Der Vorsitzende des Gewerbegegerichts, Gewerberichter Satorius, wies Herrn Sturm schwarz auf weiß nach, daß er diese Vereinbarung unterschrieben habe. Es bedurfte der ganzen Überredungskunst des Vorsitzenden, bis sich Herr Sturm davon überzeugen ließ, daß Vereinbarungen auf Treu und Glauben auch eingehalten werden müssen. Nach 1½ stündiger Verhandlung kam eine Einigung dahingehend zustande, daß der entlassene Kollege Kötzel am Montag, den 8. Februar 08 wieder eingestellt wird, und in Zukunft die getroffenen Vereinbarungen strikt eingehalten werden.

Die Angestellten der Ladeinnung können daraus erschließen, daß es nach dem Tarifabschluß erst recht notwendig ist, sich besser an die Organisation anzugeleben, damit es den Meistern vergeht, an den Errungenschaften zu tüfteln.

Verhaltmaßregeln für Fuhrwerke bei Begegnung mit Automobilen. Im „Wilhelmshavener Tageblatt“ finden wir nachstehende sehr empfehlenswerte Anweisung des Herrn Landrats zu Wittmund:

1. In erster Linie sind die Bestimmungen über das Ausweichen von Fuhrwerken strengstens zu beachten. Es empfiehlt sich, zeitig auszuweichen, insbesondere beim Fahren mit mehreren zusammengekoppelten Wagen. Beim Stillstehen sind die Wagen ganz aus der Fahrstraße zu bringen.

2. Nieberholz das Automobil einen Wagen, so ist es nicht nötig, mehr Raum zu geben, als einem anderen Fuhrwerk; es besteht in diesem Falle keine Gefahr, die Pferde werden erst aufmerksam, wenn das Automobil schon vorüber ist, und zeigen meistens ihr Erstaunen, indem sie in dem Augenblick aus dem Geschirr gehen; es empfiehlt sich, sie nicht längstlich zurückzurütteln.

3. Bei Begegnung eines Automobils mit einem Zweispänner auf schmalen Straßen ist soweit auszuweichen wie möglich. Schritt zu fahren, den Pferden aber dabei Luft zu lassen, daß sie vorwärts gehen können und, wenn nötig, das auswändige Pferd mit der Peitsche anzureiben, damit das Heraüberdrücken des innerwändigen Pferdes verhindert wird.

4. Dasselbe gilt bei einem Einspanner; da ein einzelnes Pferd angstlicher ist und dazu neigt, nach innen zu kehren zu machen, muß der Fahrer dies durch den auswendigen Zügel und durch leichtes Antreiben mit der Peitsche zu verhindern suchen.

5. Bei jungen, unerprobten oder unruhigen Pferden ist es richtig, möglichst früh abzustellen, sobald ein Automobil in Sicht, die Pferde leicht am Kopfe zu fassen und ihnen beruhigend zuzureden, unter keinen Umständen aber sich in den Zügel hängen oder sie ins Maul reißen. Die Tiere werden dadurch immer angstlicher und man verliert leichter die Gewalt über sie.

Ein aufgeregtes Gebahren der Führer und Mitfahrer ist zu vermeiden, da dieses die Pferde nur beunruhigt.

Wittmund, den 9. Januar 1908.

Der Landrat. Büdde.

Die „Automobilwelt“ bemerkt dazu:

Wir möchten einen Punkt 6 anfügen, der etwa wie folgt lauten kann:

Ergebnis sich eine Gelegenheit, Pferde, die das Automobil noch nicht kennen, an ein stehendes Automobil heranzuführen, so verfüne man dies nicht und gewöhn sie das Pferd an den Anblick des Wagens. Hat es ihn im ruhenden Zustande kennen gelernt, so lasse man den Wagen zuerst in langsamem, dann in raschem Gang an dem Pferde vorbeifahren, das man dabei hält und beruhigt. Wenn die Hauptfahrt bleibt, daß sich das Pferd an das Automobil gewöhnt. Ist dies einmal erreicht, so wird das Pferd auch auf der Landstraße nicht mehr vor dem Automobil schrecken.

Wie können hierzu nur sagen, daß diese Verordnung dem Geiste der Zeit entspricht, was man unter den ungünstig vielen Verkehrsverordnungen nicht leicht findet. Wenn erst alle Behörden dem Herrn Landrat nachahmen, und unter den Verkehrsarbeitern, anstatt mitzuglosen Strafmaßnahmen, belehrend und aufklärend wirken, dann wird auch die Zeit kommen, in der eine praktische und dem Bedürfnis entsprechende Regelung des Verkehrs, ohne das Verlusten von Schülern und Wandern hinter Bäumen und Bäumen, möglich ist.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Kassenbericht der Verwaltungsstelle I vom 1. Oktober bis 31. Dezember 07:

Einnahme:

Kassenbestand am 1. Oktober 07	61 976,73 Mf.
7 Beiträge à 50 Pf.	3,50 "
42 677 " à 40 "	17 070,80 "
49 587 " à 25 "	12 396,75 "
4 578 Streikfondsmärkte à 30 Pf.	1 378,40 "
533 Aufnahmen à 1 Mf.	583,—" "
Duplicatbücher	1,80 "
1 Ortsfond à 50 Pf.50 "
Tellersammlungen	52,08 "
Festüberschüsse	126,75 "
Protokoll vom Verbandstag	57,—" "
Zuschuß der Hauptkasse	4 200,—" "
Ginsen	432,25 "
Zusammen	98 224,54 Mf.

Ausgabe:

An Krankenunterstützung	2 925,50 Mf.
Tierbrunterstützung	2 430,—" "
Notfallunterstützung	820,—" "
Streik- und Gewagregiertenunterstützung	1 979,25 "
Arbeitslosenunterstützung	8 089,50 "
Weihnachtsunterstützung	684,—" "
Gehälter und Versicherungsbeiträge der Angestellten	8 616,82 "
Entschädigung der Verwaltung und der Angestellten	572,75 "
Entschädigung für Hilfsarbeiter	482,—" "
Entschädigung für die Beitragsklassifizierer	1 835,95 "
Agitation, Referate, Insistere, Säulenanschläge	982,55 "
die Courier-Expedition	749,75 "
Büro-Miete	875,—" "
Telefon	50,—" "
Beleuchtung und Heizung	162,24 "
Utensilien	91,65 "
Posto	109,79 "
Kleine Ausgaben laut Tagebuch	65,20 "
Reinigung	128,94 "
Rechtschutz	57,10 "
Bezeichnungskosten und Kränze	84,—" "
Blätter an Stellenlose in Versammlungen	18,50 "
Besitzt beim Stiftungsfest	299,95 "
Prozentueller Zufuß zum Arbeitsnachweis, 3. Quartal 07	1 718,58 "
Zurückgezahlte Beiträge	1,40 "
Umzugskosten	61,50 "
Beleuchtungen	88,42 "
Gewerbeprüfung und Deutsche Bank, Miete und Verlosungsgebühr	51,95 "
Beitrag an die Berliner Gewerkschaftskommission	697,50 "
An die Hauptklasse gespendt	16 907,50 "
Zusammen	40 416,07 Mf.
Kassenbestand am 31. Dezember 07	57 809,47 "
Zusammen	98 224,54 Mf.

Berlin, den 8. Februar 1907.

Herr Meissner.

Bücher und Belege geprüft und übereinstimmend gefunden.

Berlin, den 8. Februar 1907.

Die Rechtsoren:

Rich. Quade, Carl Villhahn, Rob. Romeis.

Die Hauptkasse zahlte im Laufe des 4. Quartals 1907 an 40 Pf. zahlende Mitglieder folgende Unterstützungen:

an Arbeitslosen	8770,70 Mf.
Kranken	1838,10 "
Streitende	1516,40 "
Todesfälle	880,—" "
Notfälle	195,—" "
Rechtschutz	62,80 "

Die Unterstützung der Kollegen bei der Fandorfbewegung ist direkt durch die Hauptkasse gezahlt worden.

Berlin I. Eine gut besuchte Versammlung beschäftigte sich am Montag, den 3. Februar mit der Bewegung in den Warenhäusern. Der Referent führte ungefähr folgendes aus: "Es ist in unserem Verbande Brauch, nach Beendigung eines Kampfes zu untersuchen, welche Fehler gemacht worden sind, welche Mängel sich bezüglich der Taktik herausgestellt haben usw. Das sei umso mehr notwendig, als man vor einem Kampfe niemals wissen kann, welche Ereignisse eintreten können. Redner ist der Meinung, daß die Einleitung der Bewegung nicht gerade als ganz taktisch richtig bezeichnet werden kann, dabei soll nicht vergessen werden, daß die Kollegen der Ortsverwaltung versucht haben, in der unentgänglichsten Weise ihre Schuldigkeit zu tun. Der Zentralvorstand, dem laut Statut § 26, Abs. 2 jede Lohnbewegung vier Wochen vorher gemeldet werden muß, erhielt erst 14 Tage später die offizielle Meldung. Es kam in Betracht, daß man mit verschleierten Kategorien zu rechnen hatte, die früher ein anderes Statut hatten (V. B. S.). Aus allen diesen Gründen und weil die Organisation schon in der Öffentlichkeit engagiert gewesen sei, habe der Hauptvorstand seine Zustimmung gegeben. Auf fast allen Verbandstagen seien die Paragraphen betr. Lohnbewegungen immer präziser gefasst worden, in der Erkenntnis, daß das Unternehmertum, aufgerüttelt durch unsere Verbandsaktivität, auch auf dem Wege ist, sich immer enger zusammen zu schließen. Wir sind eine Zentralorganisation darum müssen auch von einer Stelle aus die Geschicke des Verbandes geleitet werden; diese Stelle ist der Hauptvorstand. Derselbe hat bezüglich der finanziellen Mittel nur allein den richtigen Überblick und kann sie richtig verteilen. Wir sind durch die Konjunktur in eine gewisse Abwehrstellung gebracht worden. Es kommen noch hinzu die Ereignisse

der letzten Zeit. Reichstagswahl, Blockpolitik, Gründung der Gelben, die wütige Hege des Reichslügenverbandes u. s. w. Als ein ganz besonderes Produkt schwäbischer Tägigkeit ist uns in letzter Zeit die Gründung des Arbeitgeberverbandes in den Handels-, Transport- und ähnlichen Gewerben beschert worden. Der "Courier" war ja seinerzeit in der Lage, ein Protokoll der stattgehabten Gründungsversammlung zu bringen. Aus diesem werden die Kollegen wohl erschen haben, was man in den Kreisen der Handelskapitalisten plant. Die Unternehmer behandeln nicht in aller Breite ihre Angelegenheiten wie wir, denn alles, was sie beabsichtigen, wird unter dem Siegel der größten Verschwiegenheit gemacht. Dieses streng vertrauliche der Unternehmertum ist hier von unserer Seite nicht besprochen worden. Mit viel größerer Tantam war die Bewegung eingeseitet worden, so daß es den Unternehmern nicht schwer war, sich von der Sache zu informieren. Die Bewegung hat einen interessanten Schriftwechsel geführt. So teilte Herr Dr. Eleh, Vorsitzender des Verbandes der Kauf- und Warenhäuser auf Grund des eingereichten Tarifs mit, daß er denselben dem Generalsekretär seiner Organisation, Herr Dr. Wernicke, übergeben habe. Es dauerte auch gar nicht lange, da ersuchte dieser Herr Dr. Wernicke, ihm die Firmen, an welche der Tarif eingereicht worden ist, anzugeben und stellte dabei einen Tarifabschluß in Aussicht. Man verfolgte offenbar dabei einen bestimmten Zweck. Nachdem es nun gelungen war, die Unternehmer zusammen zu bringen, ging von demselben Herrn Dr. Wernicke ein Brief ein, in welchem er mitteilte, daß sein Verband nicht in der Lage sei, mit uns in Verbindung zu treten, da er Mitglied des Unternehmerverbandes ist. Nachdem am 2. Oktober die Verhandlungen mit A. Jandorf abgebrochen waren, ist den Kollegen in allen 6 Betrieben desselben in geeigneter Weise von dem Vorgesagten Mitteilung gemacht und aufgesfordert worden, einen Revers nicht zu unterschreiben. Ein großer Teil der Kollegen hat trocken unterschrieben. Am 4. Oktober saßen dann die Kollegen den einmütigen Beschluss, die Arbeit niederzulegen. Bei einer Anzahl, hauptsächlich erst kurze Zeit dem Verband angehörigen Kollegen, ist dieser Beschluss nicht ausgeführt worden; sie blieben in den Betrieben. So war es zu erklären, daß der Streik seine Wirkung nicht in dem Maße hatte, wie er notwendig war. Wir sind dann die in Betracht kommenden Instanzen um Verhängung des Boykotts eingegangen. Nun sei man aber von einigen Kollegen sehr enttäuscht worden. Wir mußten es uns gestatten lassen, daß Vorwürfe darüber gemacht, daß die Kollegen bei Kontrollen des öfteren nicht auf ihrem Platz waren, oder den Schulseiten gegenüber nicht die Festigkeit zeigten, die bei einem solchen Kampfe unbedingt notwendig ist. Durch Zwischenpersonen sind dann Verhandlungen angebahnt worden. Ein Verlaufe desselben erläuterte man sich bereit, den Passus bei der 101 Mark fallen zu lassen. Nach Besetzung desselben habe der Vorstand vor der Frage gestanden, ist mehr zu erreichen, wenn wir weiter kämpfen. Auf Grund der gesagten Verhandlungen mit den Parteinständen sagte man sich, daß in den Reihen der Arbeiterschaft eine minder glückliche Stimmung eintreten könnte, nachdem die eigentliche Urteile, die zur Verhängung des Boykotts führte, bestätigt war. Deshalb habe man es ratsamer gehalten, den Kampf bei Verminderung der Gewinnchancen abzubrechen. Wenn wir es auch lebhaft bedauern, daß eine Reihe von Kollegen draußen geblieben sind, so können wir doch sagen, wie haben dem neu gebildeten Unternehmerverband eine moralische Überlage bereitet, so daß desselbe wohl seine Absicht, den Deutschen Transportarbeiterverband zu vernichten, so schnell nicht wieder versuchen werde. Redner empfiehlt, daß Vertrauengemännern stemme wie bisher auszubauen, damit wir bei vor kommenden Fällen besser gerüstet dastehen.

Nebat ist der Meinung, daß, wenn schneller gehandelt worden wäre, sich hätte mehr erreichen lassen. Weil der Vorstand immer erst das letzte Wort sprechen müsse, würde oft der beste Moment verpast. Er verweist auf Aiel, wo die Kollegen Wochenlang den Boykott geführt haben. Kollege Schumann erklärt, daß er, soweit er die Ausführungen Himpels gehört habe, alles unterschreiben könne. Wenn Nebat die Arbeit Himpels bei der Fandorfbewegung nicht für richtig befindet und auf Aiel hinweist, so habe er sich selbst widersprochen, denn es war ja der selbe Himpel, der die Bewegung in Aiel gefeuert habe. Wenn die Bewegung nicht alles gebracht habe, was wir uns als Ziel gesetzt hatten, so können wir doch sagen, der moralische Sieg, den wir über den Unternehmerverband errungen haben, ist ein ganz bedeutender. Wir kommen darauf, die Scharie wieder auszuweichen. Schulte Meyer bestätigt, daß er des öfteren keine Kollegen bei seinen Kontrollgängen gefunden habe. Kimitz verurteilt ebenfalls, daß bei der Einleitung zu viel Tantam gemacht worden ist; auch er hatte öfter als Handelsarbeiter Gelegenheit, zu beobachten, daß die Streikposten nicht auf ihrem Platz waren. Liebenow: Nachdem der "Consolidator" bekannt gab, daß der Durchschnitt ohne den Hansdener pro Woche 27 Mf. beträgt, können wir nicht mit Gewehr bei Fuß stehen. Ist die Bewegung auch nicht in allen Punkten günstig gewesen, so haben sich doch eine ganze Reihe von Firmen dazu bequemt, Lohnzulagen zu gewähren resp. Lohnabzüge zu befrachten. Denke mich, man hätte sich früher mit den in Frage kommenden Instanzen ins Einvernehmen setzen sollen zwecks Verhängung des Boykotts. Die führen hätten nicht so gehandelt, wie sie hätten handeln müssen. Hauerlin verteidigt die Maßnahmen der Verwaltungsangestellten. Die Vertrauensleute hatten sich dafür ausgetragen, schon früher loszuschlagen. Man kann sich nicht davon schützen, daß sich die Unternehmer informieren. Hauerlin wendet sich dagegen, daß die Klausel betr. 17,80 Mf. Strafe in den Tarif aufgenommen worden ist.

Infolge der vorgerückten Zeit wurde die Versammlung sodann geschlossen.

Bremerhaven. Am Sonnabend, den 1. Februar fand eine öffentliche Versammlung aller im Handels- und Transportgewerbe beschäftigten Kollegen statt.

Nach Gründung der Versammlung teilte der Kollege Arremann mit, daß der Gaulöter, welchen er zu dieser Versammlung eingeladen hatte, leider krankheitsshalber verhindert sei, teilzunehmen. Redner ersuchte die Anwesenden mit dem Wenigen, welches er bieten könne, am heutigen Abend sich zuzuladen zu geben.

Sodann schilderte Redner die Verhältnisse in den einzelnen Betrieben, und wie weit unsere Kollegen den Arbeitgebern noch unterlegen seien, indem jene es verstanden hätten, durch Gründung von Arbeitgeberverbänden den Arbeitern, welche keiner Berufsorganisation angehören, ein Paroli zu bieten. Leider sei es ja der Fall, daß ein großer Teil unserer Berufscollegen unserer Organisation noch ohne Interesse gegenüberstehe, und nicht begreifen wollen, daß sie dadurch nur sich und ihre Kollegen schädigen und unsere Arbeitgeber stützen.

Wenn die Agitation rege betrieben werde, sei es wohl möglich, für Wuhlsdorf extra Versammlungstage abzuhalten, und hofft Redner, dadurch noch recht viele neue Kollegen dem Verbande zuzuführen. Mit dem Wunsche, daß alle Kollegen ihr Bestes hergeben werden zum weiteren Ausbau des Verbandes, und dann auch die Erfolge nicht ausbleiben werden, schloß der Redner seine Ausführungen. Nach kurzer Diskussion ließen sich verschiedene Kollegen eintragen.

Zum dritten Punkt berichtet Koll. Arremann, daß er mit einigen Kollegen aus Wuhlsdorf Rückprache genommen hätte über die weitere Agitation am Orte. Sie seien sich dahin einig geworden, der Versammlung folgenden Vorschlag zu unterbreiten: Der weiter Entwicklung Wuhlsdorfs von Bremerhaven wegen, und die gute Entwicklung im letzten Jahre, sowie die vielen, noch nicht der Organisation zugeführten Kollegen, macht es zur Notwendigkeit, daß in Wuhlsdorf mehr wie bisher für unsere Sache agiert wird. Deswegen soll in Wuhlsdorf an jedem 8. Sonnabend im Monat eine Versammlung stattfinden, mit Ausnahme derjenigen Monate, in welchen unsere Generalversammlungen stattfinden. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, für Wuhlsdorf 2 Vertrauensleute zu ernennen, welche für diesen Ort die nötige Agitation in die Wege zu leiten haben. Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt, und als Vertrauensleute die Kollegen Brandt und Göde ernannt. Als Versammlungsort wurde das Lokal des Herrn Schlossig in Wuhlsdorf bestimmt.

Nach einer kurzen Ansprache des Kollegen Arremann, daß es sehr wichtig ist, daß Wuhlsdorfer Kollegen sei, ihr ganzes Dasein zu segnen, daß der weitere Ausbau unseres Verbandes gute Früchte trage, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Kunstlau. Am 27. Januar fand unsere Generalversammlung statt.

Als wichtigste Punkte standen auf der Tagesordnung: Jahreskassenbericht und Vorstandswahl. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Wilhelm Rößig, zum Stellvertreter O. Helmig, zum Kassierer Gustav Wehle und zum Schriftführer Bauschmann gewählt.

Unsere Versammlungen finden nunmehr regelmäßig jeden 2. Sonnabend statt, und ist vollzähliger Besuch dringend erwünscht, denn nur durch immer feierlichen Zusammenschluß können wir unsere Wünsche und Ziele erreichen. Kollegen, verschafft Euch überall Achtung! Tretet ein in unsere Reihen.

Den Kassenbericht gab Kassierer Kollege Döring. Der Jahresumsatz balanzierte mit Gins. und Ausgaben mit Mf. 1691,26 bei einem derzeitigen Kassenbestand von Mf. 242,92, davon sind beim Konsumverein 200 Mf. zinstragend angelegt.

Unsere Zabstelle, die am 22. 11. 08 gegründet wurde, hat sich, mit Ausnahme des 3. und 4. Quartals 05, in welchem eine geringe Abnahme zu verzeichnen war, zwar recht langsam, aber immer stetig vorwärts bewegt, so daß wir am Schluss des 4. Quartals 07 89 Mitglieder hatten. Das zurückgelegte Jahr brachte uns durch unermüdliche Agitation auf eine Mitgliederzahl von rund 100. Es bricht ja unter den Arbeitern, welche noch nicht ganz vertrieben sind, erfreulicher Weise der Gedanke immer mehr und mehr Wahn, daß nur in einer freien Gewerkschaft ihre Interessen energisch vertreten werden, und das ist für unsre Berufscollegen der deutsche Transportarbeiterverband. Alle gegnerischen Gewerksvereine und Vereinchen müßten doch schon längst zu der Einsicht gekommen sein, daß nur ein friedliches Zusammenarbeiten aller Kräfte auf einer Grundlage zum Gedeihen führt.

Die Gewerbegebertagswahl hat es ja wieder zur Goldenz bewiesen, daß die Lage derartiger Vereinigungen gedämpft sind, und man müßte es ein für allemal unterlassen, bei solchen Gelegenheiten überhaupt noch ein Programm aufzustellen.

Chemnitz. Am Sonntag, den 12. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Bevollmächtigte gab in kurzen Begriffen den Bericht über die Tätigkeiten der Verwaltung im vergangenen Jahre, welches ein sehr arbeitsreiches war.

Der Kassierer gab den Kassenbericht, aus dem folgendes zu erschließen ist.

Kassenbericht für das IV. Quartal 1907.

Einnahme:	
Best	

Ausgaben:

Portos &c.	23,56	"
An die Hauptkasse gesandt	1447,70	Mit.
Extraunterstützung, 4 Fälle	45,-	Mit.
Reiseunterstützung, 2 Fälle	2,-	"
Verwaltungsausgaben a) persönliche	259,57	"
Verwaltungsausgaben b) fachliche	196,70	"
Versammlungen, Annoncen, Referate	68,05	"
Kartelle	62,-	"
Sonstige Ausgaben	106,20	"
Wieder Kassenbestand	1757,37	"
	3968,65	Mit.

Die Hauptkasse zahlte im IV. Quartal 1907.

Für Arbeitslose	126,35	Mit.
Für Kranke	128,50	"
Für Rechtsschutz	18,15	"

	268,-	Mit.
--	-------	------

Oblige Abrechnung geprüft und für richtig befunden, von Max Langrock, Kassierer, Paul Haupt, Bevollmächtigter, Paul Heckert, Max Lange, Arthur Seltmann, Revisoren.

Kassenbericht für das Jahr 1907.

Einnahmen:

Kassenbestand vom 3. Quartal 1906	954,36	Mit.
Eintrittsgebühren	356,-	"
Beitragsmarken à 50 Pf. 8871 Stück	4435,50	"
Beitragsmarken à 40 Pf. 8442 Stück	3376,80	"
Beitragsmarken à 25 Pf. 1058 Stück	264,50	"
Sonstige Einnahmen	59,86	"
	9447,02	Mit.

Ausgabe:

Herrl. Krankenunterstützung, 19 Fälle	21,36	Mit.
Herrl. Reiseunterstützung, 15 Fälle	13,50	"
Herrl. Extraunterstützung, 9 Fälle	59,50	"
Verwaltungsausgaben a) persönliche	968,44	"
Verwaltungsausgaben b) fachliche	218,66	"
Versammlungen, Annonen, Referate	282,60	"
Portos &c.	94,06	"
Kartell	248,-	"
Witter	4,-	"
Sonstige Ausgaben	274,50	"
An die Hauptkasse gesandt	5505,03	"
Wieder Kassenbestand für 08	1757,37	"
	9447,02	Mit.

Die Hauptkasse zahlte 1907:

Für Arbeitslose	212,25	Mit.
Für Kranke	430,39	"
Für Streikende	44,91	"
Für Rechtsschutz	13,15	"
Für Sterbeunterstützung	10,-	"
	710,70	Mit.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. In die Verwaltung wurden neu resp. wieder gewählt:

1. Bevollmächtigter: Paul Haupt, Stellvertreter:

O. Fischer, Kassierer: W. Mäslus.

Weisiger: A. Neubert, E. Gottherdt, P. Stiegler, P. Heckert, W. Mettel und F. Stopp.

Revisoren: A. Seltmann, M. Lange, E. Beyer.

Mit einem Appell an die Versammlung, im neuen Jahre eifriger denn je für die Organisation zu wirken, schloß die Versammlung.

Düsseldorf. Am Sonntag, den 26. Januar hielt unsere Ortsverwaltung ihre Quartals-General-Versammlung ab. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Das Andenken unseres verstorbenen Kollegen F. Rauland wurde in üblicher Weise geehrt.

Der Kassenbericht gestaltet sich folgendermaßen:

Einnahmen:

44 Aufnahmen à 1 M.	44,-	Mit.
18 Aufnahmen à 50 Pf.	6,50	"
922 Beiträge à 40 Pf.	368,80	"
209 Beiträge à 20 Pf.	41,80	"
922 Beiträge (orts.) à 10 Pf.	92,20	"
209 Beiträge (orts.) à 5 Pf.	10,45	"
68 Streifondsmarken à 80 Pf.	19,80	"
	588,55	Mit.

Ausgaben:

In acht Fällen Reiseunterstützung	9,50	Mit.
Entschädigung an die Einklassierer &c.	66,92	"
Ästhetische Materialien, Miete u. s. w.	35,40	"
Verlagsdrucksachen u. s. w.	56,85	"
Büchlein	7,85	"
Kartellbeitrag	21,-	"
Porto	5,31	"
Ein Kranz	7,-	"
An die Hauptkasse	364,25	"
Kassenbestand	10,07	"
	588,55	Mit.

Die Hauptkasse erhält in bar	237,75	Mit.
Arbeitslosen-Unterstützung	20,50	"
Reisen	50,-	"
Extras	10,-	"

Beerdigungs-	40,-	"
	Summa	864,25 Mit.

Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde die beantragte Entlastung einstimmig erteilt.

Der Gauleiter gab sodann den Bericht über die Tätigkeit und den Stand der Bewegung im Gau 14. In den Gauvorstand wurde außer dem Kollegen Kloesel, die Kollegen J. Reiners, P. Kampf, G. Schmitz, A. Hülsberg gewählt. Den Tätigkeitsbericht der Verwaltung Düsseldorf gab ebenfalls der Gauleiter. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab folgendes Resultat:

1. Vorsitzender J. Kloesel, 2. Vorsitzender P. Kampf, 1. Kassierer A. Hülsberg, 2. Kassierer A. Wittner, 1. Schriftführer J. Reiners, 2. Schriftführer P. Schneider. Als Revisoren fungierten die Kollegen W. Giebelmann, J. Nierling, W. Offenberg. Als Kartellsdelegierte Georg Schmitz und Karl Hanke.

Die Abrechnung vom Stiftungsfest gab Koll. J. Reiners. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit auch dieser Abrechnung, es verbleibt ein Überschuss von 22,25 Mit. Kollege A. Schmitz beantragt für die Genossenschaftsarbeiter eine eigene Sektion. Kloesel wendet sich dagegen, will sich die Genossenschaftsarbeiter betätigen, so finden sie Gelegenheit genug, unter den Handelsarbeitern zu agitieren. Der Antrag A. Schmitz wird abgelehnt, dagegen die Genossenschaftsarbeiter im Sinne der Ausführungen des Kollegen Kloesel verpflichtet. Eine Beschwerde der Zeitungsträgerlinie wurde in die Sektionsversammlung verwiesen. Ott der Aufforderung, im neuen Jahre mit neuer Kraft für den Ausbau unseres Verbandes Sorge zu tragen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hagen. Die diesjährige General-Versammlung war nicht so besucht wie man es eigentlich erwarten mußte, man kann nämlich stets wahrnehmen, daß immer ein und dieselben Kollegen anwesend sind. Kollege Thomessen gab den Quartalsbericht und ist daraus zu entnehmen, daß doch bessere Zustände im Markenverkauf erzielt worden sind. Neu gewählt in den Vorstand wurden die Kollegen Sauer als 2. Vorsitzender und Bahnke als Schriftführer. Auch beschloß man des weiteren, im Monat Juni das 2. Stiftungsfest würdig zu feiern. Unter gewerkschaftlichen Angelegenheiten wurde die Frage aufgeworfen: Welche Aufgaben hat die Ortsverwaltung Hagen zu erfüllen, daß unsere Organisation besser ausgebaut und gestärkt werden soll? Man war allgemein der Ansicht, daß erst die Mitglieder zum besseren Versammlungsbesuch heranzuziehen sind, dann jeder Kollege mitihnen muß, denn die Verwaltung allein sei zu schwach. Einigkeit macht stark! Hoffentlich beherzigen die Kollegen von Hagen diese Worte.

Hamburg. Sektion der Kolporteurs. Versammlung vom 28. I. 08.

Zunächst gab Kollege Dreyer den Geschäftsbericht, unter welchem er ausführte, daß die Zahl der Mitglieder von 804 auf 840 gestiegen sei. Leider ist die Agitation nicht von dem Erfolge gewesen, wie sie hätte sein sollen; auch muß unter dem Personal der bürgerlichen Blätter mehr Agitation getrieben werden.

Mit dem Echo wurde ein neuer Tarif abgeschlossen, auch mit den Firmen Meyer, Duck und der Hamburger Hausfrau. Den Echo-Kolporteuren kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie die Versammlung nicht genügend besuchen. Wenn ein Tarif abgeschlossen werden soll, und die Kolporteuren nur mit ein paar Mann da sind, werden die wenigsten Wünsche der Kollegen berücksichtigt. Auch bei der Maifeier haben die Kollegen sich ins Bockhorn lassen lassen, obgleich fast einstimmig beschlossen, den 1. Mai zu feiern, haben sie nachher erklärt, wir wollen arbeiten. Ferner haben sich die Kollegen an den Sammlungen für die Tabakarbeiter beteiligt, es wurden von den Echo-Kolporteuren außer Fehlandstr. und Gimbsbüttel 50 M. aufgebracht.

Vom Vergnügen wurden dem Vorstand 80 M. übermittelt. Kollege Cohn sagt, die Kollegen müßten sich mehr um die Organisation kümmern, wenn sie durch Tarifabschlüsse etwas erreichen wollen, dann müßten auch alle zur Stelle sein. Auch muß das Austragen durch die Kinder mehr kontrolliert werden, da noch immer Kinder unter 12 Jahren und bis in die späte Nacht laufen. Alle, welche Kinder außer den gesetzlich vorgeschriebenen Zeiten antreffen, müssen dieselben ausschreiben und deren Adresse der Kommission einenden.

Kollege Friske meint, die Lauheit der Kollegen muß aufgehoben werden, wenn in der Agitation etwas erreicht werden soll. Die Abrechnung vom Wintervergnügen wurde debattiert, es auch angenommen.

In die Sektionsleitung wurden gewählt: Kollege Friske, Kollegin Frau Ramsbrot, Kollege Neumann. Zu Ehrenkolturen wurden gewählt die Kollegin Frau Hoarwege, Möllhoff, Rodewald, Strobel, Frau Heid und Müller.

Niel. Eine zum 17. Januar einberufene außerordentliche Sektionsversammlung der Holzlagrarbeiter beschäftigte sich mit den Vorankündigungen nach dem Streik und mit dem Verhalten der Unternehmer bezüglich des Tarifs. Ausgeführt wurde, daß bereits in den ersten Tagen nach Wiederaufnahme der Arbeit die Holzfirme alles versucht hätten, den erst abgeschlossenen Tarif zu durchbrechen. Alte, seit langen Jahren bei einer Firma beschäftigte Kollegen habe man nicht wieder eingestellt, obgleich es im Tarif heißt, daß Maßregelungen ausgeschlossen sind. Die im Tarif vorgesehene Schlichtungskommission wurde stets mit dem Bescheide abgesiezen, daß die Arbeiter nicht in der Lage wären, konstatieren zu können, daß Maßregelung vorliegt. Sogar der Obmann der Schlichtungskommission, Stadtrat Freche, habe sich diesem mit der Erklärung angegeschlossen: "Nee, nee, etwas von Bauernschläue habe ich auch noch mitgebracht!"

Wenn auch zugegeben werden muß, daß mit Eintreten des Winters und der stillen Periode auf den Holzlagern plötzliche Entlassungen begegnet sind, so haben denn doch in diesem Jahre die Firmeninhaber eine ganz besondere Auslese gehalten. Die Firma Arp & Sohn hat z. B. neun Kollegen, die bis zu 8 Jahren bei ihr beschäftigt waren, entlassen, weil sie es sich nicht gefallen lassen wollten, daß die Arbeitszeit verändert würde und sie nach dem Tarif die Einrichtung eines vorschreitfähigen Frühstücksräumes beanspruchten.

Die Firma Hoge entließ ebenfalls zehn Kollegen. Jedenfalls hat sie bestimmt, daß die betreffenden Leute darauf bestanden, daß ein Oster- und die Kuischensküche in Gaarden in Stand gesetzt würden. Bei der Firma Loedel wurden sogar Kollegen entlassen, die schon 24 Jahre allen Anforderungen genügt hatten. Hier trat zum erstenmal klar zu Tage, weshalb die Entlassungen erfolgten. Unverblümt wurden die Leute vom Vorarbeiter aufgefordert, sich dem Hirsch-Dünterschen Gewerbeverein anzustellen und sich bis Donnerstagabend zu erklären, sonst würden sie wohl, was ihnen passieren werde. Vergebliche Wütze war es, daß der Vorsteher des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes, Herr Frauen, angerufen wurde; die Firma führte ihr Vorhaben aus. Als die Kollegen erklärten, ihrem Verband treu bleibend zu wollen, wurden sie am Freitagabend entlassen.

Die Firma Beckers Nachf. hat sich ebenfalls diejenigen vom Hause zu schaffen gehuft, welche das Verbrechen begangen hatten, den Streik mitzumachen und im Transportarbeiterverband organisiert zu sein.

eine Lohnzulage von 4941,50 Mk. pro Woche. Neben dieser Lohnaufbesserung wurde für 1551 Berufssangehörige eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit von 5476 Stunden erzielt.

Durch die Lohnbewegungen wurden auch noch andere Vorteile erreicht und zwar für 1207 Berufskollegen Bezahlung der Nebensunden, für 1162 Berufskollegen Bezahlung der Sonntagsarbeit. In 206 Betrieben erhalten 1071 Kollegen unter Fortzahlung des Lohnes einen Erholungsurlaub von 3—6 Tagen. In 227 Betrieben, in denen 1308 Berufskollegen tätig sind, wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse farblich geregelt.

Die Erfolge wären noch bedeutender, wenn die Mitarbeit der Kollegen in der Agitation eine intensivere wäre.

Obwohl die Konjunktur im Vorjahr als eine gute galt, war die Arbeitslosigkeit größer als die Jahre vorher. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder betrug 1284, gegen 1200 im Jahre 1903. Gezwungen waren die Kollegen 354 Wochen und einen Tag zu feiern. Der Lohnaufstand beträgt bei einem Durchschnittslohn von 23,50 Mk., 89 622,91 Mk. oder pro Person 69,81 Mk. Daß die herabbrechende Krise das Leid der Arbeitslosen noch bedeutend vermehrt, steht unumstößlich fest. Die Schuld daran trägt die unsinnige kapitalistische Wirtschaftsform.

Leider die Entwicklung des Arbeitsnachweises läßt sich nur erfreulich berichten. Die Zahl der gemeldeten Stellen betrug 658, davon konnten 478 besetzt werden. Aufgabe eines jeden Kollegen muß es sein, diese Einrichtung durch Melden jeder freiwerdenden Stelle im Büro immer mehr auszubauen. Bei den vermittelten Stellen betrug der Durchschnittslohn 23,50 Mk. und die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit 10,8 Stunden.

Wie verheerend und gesundheitsschädigend unsere Berufstätigkeit ist, zeigt die Statistik der erkrankten Kollegen. In dem Berichtsjahr waren 872 Mitglieder erkrankt, an 728 erkrankte wurde 7900,12 Mk. Unterstützung gezahlt.

Die Notfallunterstützung wurde von 86 Kollegen in Anspruch genommen. Die Ausgaben hierfür betrugen 872,38 Mk. Ferner erlebten die Hinterbliebenen von 18 verstorbene Kollegen 1072,50 Mk. Beerdigungshilfe. Die Streit- und Gewaltregeltenunterstützung verursachte eine Ausgabe von 9885,55 Mk. Die Gesamtausgaben für die verschiedenen Arten der Unterstützungen erreichten im Berichtsjahr die Höhe von 24 280,24 Mk. das ist ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von 6544,15 Mk.

Die agitatorische und geschäftliche Tätigkeit war eine rechte rege, den 1782 Eingängen standen 8635 Ausgänge gegenüber. Außerdem wurden 72 Schriftstücke für Verbandsmitglieder angefertigt. Eingaben an die Behörden, Versammlungsanmeldungen, machten sich 102 nötig. Versammlungen, Beitrabsberatungen und Sitzungen fanden 700 statt und ist zu wünschen, daß die Mitglieder in Zukunft sich etwas reger an dem Versammlungsbetrieb beteiligen.

Sollen die Unterstützungsseinrichtungen des Verbandes hoch gehalten werden, so ist es dringend nötig, daß die Sekretariats- und Streitkondomarken den Beschlüssen entsprechend von den Mitgliedern entnommen werden.

Wollen wir, so schloß Kollege Neber seinen Bericht, menschenwürdige Verhältnisse in unserem Berufe erlangen, so bedarf es der Mitarbeit aller Kollegen und unser ist der Sieg.

Den Kassenbericht gab Kollege Schmidt. Eine Einnahme von 118 001,50 Mk. steht eine Ausgabe von 88 874,42 Mk. gegenüber. Der Saldo beträgt 24 127,08 Mk. Der Hauptkasse wurden überwiesen 64 861,48 Mk.

Kollege Möldner erstattete den Revisionsbericht, auf dessen Antrag wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Hieran schloß sich eine längere Debatte.

In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen Böttig als 2. Bevollmächtigter und als Bevölkerung Wurmstich, Hartenstein, Rose, Fröhlich, Voigt, Beier, Pfugl, Döcher und Kunze. Als Delegierte die Kollegen Gansauge, Bösch und Sack und als Kartell-Delegierte die Kollegen Wiedemann, Reber, Kalbitz und Hartenstein.

Des weiteren wurden 88 Kollegen als Generalversammlungsvertreter zur Ortskassenkasse und 18 Erzähmänner vorgeschlagen.

Der Antrag der Ortsverwaltung auf Anstellung von Einlassierern wurde abgelehnt.

Hierauf Schluß der Versammlung.

Mitteilungen. Am Sonntag, den 19. Januar fand unsere ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen Bericht über die Zahl der Kollegen, die Mitgliederzahl ist von 90 auf 42 Mitglieder herabgesunken. Die Ursache des Abgangs der Kollegen ist die Aushebung einiger Ausgeschlossener und weiter von einigen Kollegen, die ihre Ansprüche nicht befriedigt glaubten. Pflicht jedes Kollegen sei es, dem Verbande immer neue Mitglieder zuzuführen und dieselben über den Wert der Organisation aufzuklären. Hierauf wurde der Kassenbericht vorgelegt, derselbe wies einen Barbestand von 67 Mark und 61 Pfennigen auf. Bechlossen wurde, 60 Mark auf einer Bank anzulegen. Die bestehenden Differenzen mit dem französischen Kassierer haben ihre Erledigung gefunden. Dem provisorischen Kassierer wurde Einlastung erteilt. Hierauf wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Gewählt wurden als Bevollmächtigte Paul Friedrich, als zweiter Bevollmächtigter Hauffmann. Als Kassierer wurde Paul Friedrich neu gewählt und Kollege Brose als Schriftführer wiedergewählt. Zu Neuwählern wurden neu gewählt Kapsenberger und Bernd. Einem Antrag betreffs Errichtung eines Agitations-Komitees wurde zugestimmt. Gewählt wurden die Kollegen Hennig und Baumgarten. Die Gewählten bitten die Kollegen, ihnen ihr Amt etwas zu erleichtern und an der Agitation mitzuverarbeiten.

Nürnberg-Zentrum. Am Sonntag, den 26. Jan. fand unsere ordentliche Jahres-Generalversammlung statt, welche sich verhältnismäßig eines guten Besuches erfreute.

Vor Eintreten in die Tagordnung wurde das Andenken der im abgelaufenen Geschäftsjahr verstorbenen 9 Kollegen zu der üblichen Weise geehrt.

Der Bevollmächtigte gab dann zunächst einen kurzen Auszug aus dem heuer zum erstenmale gedruckt erschienenen

Fahresbericht, der jedem Mitglied bereits im Laufe der Woche durch die Einlassierer hinausgegeben wurde und welchem zu entnehmen ist, daß wir im vergangenen Jahre wieder einen guten Schritt vorwärts gekommen sind, hat sich doch im Laufe des Jahres die Mitgliederzahl von 1184 am Schluß des Jahres auf 1330 erhöht, die selbe würde noch um ein Bedeutendes höher sein, wenn nicht der großen Zahl von Aufnahmen eine fast ebenso große Zahl von Austritten und Streichungen wegen rücksichtiger Beitragszahlungen gegenüber stände und muß es daher unsere nächste Aufgabe sein, diesem Lebel energisch entgegenzutreten.

Der geschäftliche Verkehr, sowie die Tätigkeit der Ortsverwaltung weist im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Steigerung auf, jedoch will das alte Schmerzenskind, der Arbeitsnachweis, noch immer nicht den Verhältnissen entsprechend funktionieren.

Alles in allem genommen, können wir mit den Fortschritten des vergangenen Jahres zufrieden sein, denn wenn auch alles das, was wir erreichen wollten, nicht erreicht werden konnte, so soll uns dieses doch nicht abhalten, sondern im Gegenteil zu immer intensiverer Agitationstätigkeit anspornen, so daß es uns gelingt, die nächste Generalversammlung mit einer Mitgliederzahl von 2000 abhalten zu können.

Der Geschäftsführer und Kassierer gaben sodann unter Hinweis auf die im Geschäftsbericht enthaltene schriftliche Gesamtjahresabrechnung, den Kassenbericht vom 1. Quartal 1907, nach welchem wir mit einer Einnahme von 10754,19 Mk. und einer Ausgabe von 7041,48 Mk. zu rechnen hatten, so daß wir zu Beginn des 1. Quartals 1908 mit einem Kassenbestand von 3112,79 Mk. abschließen, das ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs ein Mehr von 728,71 Mk., welches wir allerdings dem Umstände zu verdanken haben, daß wir im Berichtsjahr mit verhältnismäßig wenig Ausgaben für Lohnbewegungen und Aussperrungen zu rechnen hatten.

Nachdem die hierauf erfolgte Diskussion sich im wesentlichen mit der Tätigkeit der Verwaltung einverstanden erklärte, wurde auf Antrag der Gesamtverwaltung Decharge erteilt.

Die hierauf erfolgte Neuwahl zeigte folgende Resultate:

Es wurden gewählt in die Ortsverwaltung die Kollegen Maier als 1. Bevollmächtigter, Schuster als Geschäftsführer und Kassierer, Fuchs als 2. Bevollmächtigter, Dennerlein als 2. Kassierer (für Fürth), Moll als 1. Schriftführer, Ebauer als 2. Schriftführer, Klaus, Volt und Feilinger als Neuwähler, Husnagel, König, Leberer und Ramser als Beisitzer.

In den Gauvorstand wurden die Kollegen Fuchs, Klaus, Döbereiner und Wagnerschwang gewählt.

Als Delegierte für die Gewerkschaftsvereinigung Altenberg wurden die Kollegen Maier, Oehler, Mitter und Bernheimer, als Delegierte für das Fürther Gewerkschaftsamt die Kollegen Schuster, Fuchs und Ebauer gewählt.

Beschlossen wurde noch, jedem durchgehenden Kollegen, der hier übernachtet, an der Unterstützung eine Schlafstube für das heilige Gewerkschaftshaus in Abzug zu bringen.

Ferner wurde ein Antrag, das Büro an den Sonntagen eine Stunde zur Sprechstunde offen zu halten, mit großer Majorität abgelehnt.

Einem Kollegen, Dräger (Fürth), der sich infolge Körperlicher Gebrechen in sehr großer Notlage befindet, werden aus Mitteln der Ortskasse 20 Mk. als einmalige Notfallunterstützung bewilligt.

Einem öfterscheinigen Wunsche entsprechend soll auch heuer wieder ein Frühlingsvergnügen abgehalten werden.

Nach einem warmen Appell seitens des Vorsitzenden an die Anwesenden, nicht eher zu rasten, bis auch der letzte uns noch fernstehende in unseren Reihen marschiert, damit uns der Gegner jederzeit kampfbereit findet, folgte Schlüß der imposanten Versammlung.

Görlitz. Am 26. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu welcher ungefähr ein Drittel sämlicher organisierten Kollegen anwesend waren. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung im vergangenen Geschäftsjahr. Denselben ist kurz folgendes zu entnehmen: An Eingängen sind zu verzeichnen; und zwar an Briefen 29, Karten 24, Pakete 43, Drucksachen 2 und Depeschen 3. Ausgänge waren folgende zu benötigen: Briefe 46, Karten 49, Pakete 5 und Depeschen 2. An Unterstützungen wurden gezahlt: An Krankenunterstützung in 16 Fällen 176,06 Mk.

Arbeitsloseunterstützung in 6 " 33,36 "

Extravierung in 3 " 20, — "

Reiseunterstützung in 7 " 4,50 "

Demnach an Unterstützungen in 32 Fällen 233,92 Mk.

Für Rechtschutz wurden ausgegeben 83,50 Mk. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres bei einigen Ab- und Anmeldungen 145, genau soviel, wie am Anfang des Jahres. Lohnbewegungen waren zu verzeichnen, welche durch Vermittelung der Ortsverwaltung mit der betr. Firma zu Gunsten der organisierten Kollegen beigelegt wurde. Sitzungen wurden 16 abgehalten, und zwar 5 öffentliche, 4 Mitgliederversammlungen, sowie 7 Vorstandssitzungen. Der Kassenbericht bilanziert in Einnahme und Ausgabe bei einem Kassenbestand von 135,00 Mark, mit 2670,75 Mark. Davor wurden an die Hauptkasse abgeschoben 1511,38 Mark. Die Berichte des Vorsitzenden sowie des Kassierers werden einstimmig gutgeheißen, und wird hierauf dem Kassierer, Kollegen Müller, Decharge erteilt. Bei der nun folgenden Neuwahl der Ortsverwaltung wurden folgende Kollegen gewählt: Joh. Holländer als Vorsitzender, Karl Müller, Kassierer, Paul Zimmermann, Schriftführer, Ernst Barthel, Paul Krüger, Neuwähler und als Beisitzer die Kollegen August Helm und Gustav Scheller. In das Gewerkschaftsamt wurden delegiert: Joh. Holländer, K. Müller, Paul Krüger, sowie P. Zimmermann als Stellvertreter. Es folgen nun noch einige interne Angelegenheiten. Der Vorsitzende macht auf die bevorstehende Agitation aufmerksam

und fordert die Kollegen auf, eifrig mit zu arbeiten. Pflicht eines jeden Kollegen muß es sein, bei jeder Gelegenheit neue Mitglieder zu gewinnen und dem Verbande zuzuführen. In dieser Hoffnung schließt der Vorsitzende, Kollege Holländer, die Generalversammlung. — Und nun: "Frisch auf zur fröhlichen Tat."

Vorauszeige!

In den nächsten Tagen erscheint:

Dreher-Schumann: Die ökonomischen Vorbedingungen und das Werden der Organisation, ein Ausschnitt aus der Geschichte der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Bewegung.

Jeder Kollege, der ein tüchtiger und erfolgreicher Agitator für unsere Berufsbewegung werden will, muß sich dieses grundlegende Werk anschaffen.

Bestellungen nimmt die Verlagsbuchhandlung "Courier", Berlin SO. 16, Engelstr. 21, entgegen.

Mitteilungen des Vorstandes.

Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 2. Februar 1908 in Nastatt. Rev.: Heinz Paul, Kohlenstr. 11. Räum.: Schatzk., Luzian, Augustaplatz 23.

Vertreten gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend verzeichnete Kollegen:

In Hagen: Gilbert, Albert, Spitzb.-Nr. 263 706.

In Mainz: Prindl, Emil, Spitzb.-Nr. 275 069.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 9, Abs. 7 a und b des Verbandsstatuts nachstehend verzeichnete Mitglieder:

In Danzig: Eckart, Julius, Spitzb.-Nr. 236 118.

In Hamburg II: Röll, Karl Spitzb.-Nr. 183 309.

In München I: Braumann, Georg, Spitzb.-Nr. 162 669. Dörmert, Johann, Spitzb.-Nr. 161 541. Geiger, Wolfgang, Spitzb.-Nr. 102 784. Grün, Ignaz, Spitzb.-Nr. 2 Kraft, Josef, Spitzb.-Nr. 163 476. Mayer, Martin, Spitzb.-Nr. 161 278. Neulam, Ignaz, Spitzb.-Nr. 160 486. Neumeyer, Martin, Spitzb.-Nr. 163 460. Tillas, Johann, Spitzb.-Nr. 161 570. Böttlinger, Andreas, Spitzb.-Nr. 161 419. Liebeck, Bartholomäus, Spitzb.-Nr. 163 528. Mühl, Johann, Spitzb.-Nr. 161 097. Schranz, Franz, Spitzb.-Nr. 160 838. Syroglies, Georg, Spitzb.-Nr. 163 113. Wolf, Johann, Spitzb.-Nr. 2

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

J. A. Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engelstr. 21, Hof 1 Nr.

Gekanntmachung.

Für unseren Berliner Arbeitsnachweis und die Bibliothek suchen wie einen weiteren Beamten. Bewerber muß seit mindestens 3 Jahren gewerkschaftlich organisiert, die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen, sowie mit den Arbeiten eines Gewerkschaftsbeamten, Auffertigung von Schriftstücken an Behörden und der Agitation vertraut sein und auch einige Literaturkenntnis besitzen.

Nur wirklich gut befähigte Kräfte haben Aussicht auf Verstärkung.

Offerten sind unter Beifügung einer schriftlichen Arbeit über die Pflichten und Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten bis 1. März 1908 an den unterzeichneten Vorstand zu richten.

Der Vorstand.

Gekanntmachung.

Den Bewerbern um den in Nr. 86 des "Courier" vom 8. Dezember 1907 ausgeschriebenen Posten eines Ortsbeamten für die Verwaltungsstelle Dresden zur Kenntnis, daß diese Stelle besetzt ist.

Der Vorstand.

Berantwort. Redakteur: Franz Mettig, Berlin. Verlag der Buchdr. "Courier", O. Schumann, Berlin. Druck: Maurer u. Dimitic, Berlin, Waldstr. 27.

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Hannover. Unsere Generalversammlung war von 22 Kollegen besucht. Die Abrechnung erstattete Kollege Thomas, die Einnahme betrug 507,29 Mk., die Ausgabe 288,98 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 268,81 Mk. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer Entlastung erlaubt. Die Neuwahl der Verwaltung ergibt folgendes Resultat: Kollege Hering als Bevollmächtigter, Kollege Thomas als Kassierer, Kollege Rieger als Schriftführer. Als Unterställer wurde Kollege Streit und zu Revisoren die Kollegen Berger, Nehrig und Thiemann gewählt. Als Kartelldelegierte wurden die Kollegen Thomas und Rieger gewählt. Hierauf stellten die Kollegen Nehrig und Rieger den Antrag, daß für diejenigen Kollegen, welche im 4. Quartal 07 die Ortsbond- oder Streitfondmarken nicht gelebt haben, im 1. Quartal 08 die Unterstützung für die erste Woche wegfällt. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wenn in diesem Jahre kein Aufschwung zu verzeichnen ist, so trifft doch immer und wieder die Schuld die Kollegen selber. Dieses Verhältnis darf auf keinen Fall so weiter fortbestehen, und es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, erstens für die Ausbreitung des Organisationsgedankens Sorge zu tragen, ferner müssen mehr als bisher die Versammlungen besucht werden. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes die Mitgliederversammlungen zu besuchen.

Biebrich. Versammlung vom 28. Januar. Kollege Pawlici wurde in die Verwaltungskommission des Gewerkschaftshauses gewählt. Eine längere Debatte entstand über den Brauerboykott und das Verhalten des Fabrikbesitzers Schreiber zu seinen streikenden Arbeitern. Unterstützungsgeber werden von jetzt ab nur noch Sonnenblumen ausgeschüttet. Mit einer Aufforderung zum Abonnement auf die Arbeiterpresse wurde die Versammlung geschlossen.

Stettin. Die Generalversammlung fand am Sonntag, den 28. Januar, im Gewerkschaftshaus statt. Der Kollege Schugk gab die Abrechnung vom 4. Quartal. Diese ergab eine Einnahme von 2096,61 Mk. mit dem alten Bestand von 680,74 Mk. und eine Ausgabe von 1358,90 Mk. An die Hauptkasse wurden gesandt 902,21 Mk. Als Vortrag für das Jahr 08 verblieben am Ort 737,71 Mk.

Sodann gab der Kollege Steinmüller den Geschäftsbereicht für 1907. Hierach hielt die Ortsverwaltung im ganzen 27 Sitzungen ab, um die laufenden Geschäfte zu erledigen und auch um sich mit der Agitation am Orte zu beschäftigen. Betriebsbesprechungen fanden 80 statt, öffentliche Versammlungen 7. An Mitgliederversammlungen wurden mit den Bezirksversammlungen 27 abgehalten. In diesen Veranstaltungen ist natürlich nicht alles eingegangen, was unternommen wurde, um den Gedanken der Organisation in immer weitere Kreise der Berufskollegen zu tragen. Dies wäre auf das ganze Jahr berechnet recht wenig.

Ein weiterer großer Teil der unternommenen Veranstaltungen konnte nicht stattfinden, da die hierzu geladenen Kollegen nicht erschienen waren. Unter einigen Branchen wurde recht lebhaft agitiert, so z. B. unter den Straßenbahnhern, den Droschkenfischern, den Warenhausdienern, den Fensterputzern und den Kohlenarbeitern. Als wirtschaftlich lohnend für die Organisation kann aber nur die Arbeit unter den Fensterputzern und Kohlenarbeitern angesehen werden. Bei letzteren auch erst kurz vor Schluss des Jahres. Bei den Büchern sah der Anschluß an die Organisation zeitig genug ein, um noch kurz vor Schluss des Jahres mit der größten Firma am Orte einen Tarifvertrag abschließen zu können. Halten sämtliche Kollegen dieser Branche treu zur Fahne, so wird es möglich sein, hier bald noch bessere Bedingungen zu erobern. Bei den übrigen oben angeführten Branchen war die intensive Arbeit von kaum neuemswertem Erfolg belohnt. Bei den Straßenbahnhern wurde das ganze Jahr hindurch gearbeitet und glaubten wir, nach der Stimmung bei diesen Kollegen, vor Jahresende den Zeitpunkt für gekommen, daß nun eine höhere Zahl bei uns eintrete und mithelfen würde, hier geordnete Verhältnisse zu schaffen. Leider war der Erfolg nicht so, wie erwartet. Man sagt ja: der Sklave fühlt sich wohl an der Kette. Mit sämtlichen anderen Branchen war es ähnlich so. Auch der Versuch, mit der hiesigen großen Zahl von Vereinen der Berufskollegen anzuknüpfen, war von Erfolg nicht belohnt. Die zu diesem Zweck einberufene Versammlung, zu welcher ein auswärtiger Kollege, langjähriger Vorstand eines früheren großen Lokalvereins, als Redner auftrat und den Nutzen einer einzigen starken Organisation trefflich schilderte, hat uns diesen Kollegen nicht einen Schritt nähergebracht.

Nach diesem langen Erfolg kann denn auch der Zuwachs ein nicht allzu großer sein. In Aufnahmen hatten wir im Jahre 07 810 und zwar 85 Straßenbahner, 59 Arbeiter, 89 Kohlenarbeiter und -kutscher, 28 Hausdiener, 26 Kutscher, 19 Bierfahrer und Milchfahrer, 17 Droschkenfischer, 17 Fensterputzer, 4 Brotkutscher, 2 Milchkutscher, 2 Möbelpacker, 1 Leitergerüstarbeiter und 11 Jugendliche. Aus anderen Verbänden hatten wir 8 Übertritte. Märkte wurden verkauft:

	1907	1908	
1. Quartal	2889	1904	+ 485
2. "	2718	1986	+ 727
3. "	2937	2268	+ 669
4. "	3086	2741	+ 295
Zusammen	11075	8899	+ 2176

oder eine Zunahme von 24 p.C.

Im Büro wurden zu den Sitzungen, Besprechungen und Versammlungen über 8500 Handzettel und Einladungen angefertigt. Ferner 7 Schriftstücke für Mitglieder.

Eingänge waren: Briefe und Karten 72, Drucksachen 51, Pakete 115.

Ausgänge waren: Briefe und Karten 80, Drucksachen 268.

Kranke und unterstützte Kollegen hatten wir 27 und zwar 16 Arbeiter, 4 Kutscher, 2 Fahrtkutscher, 1 Fensterputzer, 1 Möbelpacker, 1 Arbeiter am Hafen. Die Erkrankungen waren an: Rheumatismus zweimal, Lungenentzünd-

dung zweimal, Grippe zweimal, Magenleiden zweimal, Herzkrankheit, Lufttröhrenentzündung, Brustfellentzündung, Rippenfellentzündung, Gallensteinkolik, Magen- und Darminfektion und Influenza und Lungenentzündung je einmal. Ferner waren 10 Kollegen durch Unfall erkrankt. Durch Quetschungen 5, Verletzung des Unterschenkels, Schnittwunde am Finger, Rippenbruch, Knochenentzündung und Quetschwunde, Hexenschuß durch Verheben je 1 Kollege. Diese 27 Mitglieder erhielten für 451 Tage Unterstützung in Höhe von 388,95 Mk. Die längste Dauer der Unterstützung war bei 1 Kollegen 48 Tage, die kürzeste 1 Tag. Arbeitslose und unterstützte Mitglieder hatten wir 11, 8 Arbeiter und 3 Hausdiener. Diese erhielten für 195 Tage Unterstützung in Höhe von 192,87 Mk. Die längste Dauer der Unterstützung war 48 Tage in einem Fall und 2 Tage in 8 Fällen. Die höchste Summe der Unterstützung war 68 Mk. und die niedrigste 1,50 Mk. An Beerdigungshilfe kam die Summe von 60 Mk. zur Auszahlung. An 4 in besondere Not geratene Kollegen kam der Betrag von 81,85 Mk. zur Auszahlung.

6 durchgesehene Kollegen erhielten das ortssübliche Geschenk von je 1 Mk., in Summa 6 Mk.

Da wir bei der Schnelleraussperrung mit 1 Kollegen beteiligt waren, hatten wir hier an Unterstützung 49,88 Mk. zu zahlen.

In Arbeitsnachweis meldeten sich 37 Kollegen arbeitslos, nach Branchen 17 Arbeiter, 6 Hausdiener, 4 Kutscher, 1 Bote und 9 Jugendliche.

Stellen wurden gemeldet: 40 für fest und 15 zur Aushilfe.

Beseitigt wurden: 9 Stellen für fest und zwar 2 als Kutscher, 2 als Arbeiter, 1 als Hausdiener und 4 Jugendliche.

Die Bibliothek wurde nicht so in Anspruch genommen, wie es nötig wäre. Gelesen haben 24 Kollegen 71 Bücher. Am meisten gelesen hat ein Kollege, nämlich 18 Bücher. Die Bibliothek besteht aus 90 Bänden und hat einen Wert von etwa 180 Mk.

Hierauf gab der Kollege Schugk den Jahres-Kassenbericht. Dieser gestaltete sich folgendermaßen:

C i n n a h m e :	M	s
Kassenbestand 1906	624,86	Mk.
299 Aufnahmen à 1 Mk.	299	"
11 " à 50 Pf.	5,50	"
10 400 Wochenbeiträge à 50 Pf.	9640	"
675 " à 20 "	135	"
380 Streitbeiträge à 80 Pf.	99	"
10 400 örtliche Zusatzbeiträge à 5 Pf.	520	"
Festüberschüsse	51,47	"
Volkshausbau	161,20	"
Duplikat	20	"
Gummilisten	19,85	"
Bücher	31,18	"
Gesamt	14,17	"
Gesamt	15,75	"
Zusammen	5617,18	Mk.

U t z g a b e :	M	s
Arbeitsunterstützung	59,66	Mk.
Extraunterstützung	26,85	"
Sterbeunterstützung	40	"
Reiseunterstützung	6	"
Streitunterstützung	3,50	"
Entschädigung für den Bezirkstassierer	254,45	"
die Verwaltung	18	"
Besprechungen, Sitzungen	31,60	"
Materialien, Miete, Telefon	596,51	"
Annoncen, Referate, Drucksachen	199,55	"
Bibliothek, Zeitschriften	68,58	"
Porto, Telegramme	28,48	"
Kartellbeiträge	92,85	"
Zuschuß zum Gau	155	"
Defizit von Festen	32,49	"
Volkshausbau	161,20	"
Wahlkunds	25	"
An die Hauptkasse gesandt	8080,25	"
Zusammen	4879,42	Mk.

B i l a n z :	M	s
Einnahme	5617,18	Mk.
Ausgabe	4879,42	"
Zahl bei uns	787,71	Mk.

Eine Diskussion über den Geschäftsbereicht fand nicht statt und wurde infolgedessen sofort zur Neuwahl der Ortsverwaltung geschritten. So wurden die Kollegen Steinmüller und Schugk ersterer als Bevollmächtigter, letzterer als Kassierer, wiedergewählt. Als Beisitzer die Kollegen Thormann, Goser, Mittelstädt, Dittkrist, Hornburg, Germ. Schulte und H. Krüger. Zu Revisoren wurden die Kollegen Knubbe, Möhr und Selgenhauer gewählt.

Der Kollege Steinmüller gab dann in kurzen Umrissen den Gaubericht, auf die für uns vorhandenen Schwierigkeiten im Gau und die traurigen Verhältnisse, unter denen hier die Kollegen noch zu arbeiten gezwungen sind, näher eingehend. Er schilderte auch die manchmal begründete Langsamkeit der Kollegen, dem Verband beizutreten oder auch nur für uns zu rücken und auch die verhängnisvollen Folgen, die der Dämon Alkohol sehr häufig verursacht. Der Alkohol ist als Grundübel mit anzusehen, daß die Bewegung im Gau so äußerst schwer sich fortentwickelt. Nachdem Redner die im verlorenen Jahre vom Gaupräsidium getroffenen Veranstaltungen zur Gewinnung von Mitgliedern zum besten und auch die Einn- und Ausgänge bekanntgegeben hatte, schloß er seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß, wenn die hiesigen Kollegen mehr wie bisher ihre Schuldigkeit zur schnelleren Entwicklung der Organisation am Orte tun, dann auch im Gau mehr getan werden kann.

Die Vorauswärtsentwicklung im Gau kommt darin wiederum den hiesigen Kollegen zugute. Also an die Arbeit.

Auch hierzu fand eine Diskussion nicht statt. Es wurden dann die Kollegen Magnus, Köpp, Schuring und Stäbe in den Gaupräsidium gewählt.

Den Kartellbericht gab der Kollege Knubbe. Dieser gab einen kurzen Überblick über die Verhandlungen, Vereinbarungen und Beschlüsse in dieser Körperchaft und behandelte die wichtigeren Angelegenheiten in eingehender, erläuternder Weise. Eine längere Debatte entspann sich nach diesem Bericht noch über die Aenderung der Bürostunden. Die Mehrzahl der Mitglieder hielt eine Aenderung nicht für angebracht. — Damit fand die Versammlung ihren Schluss.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Kassenbericht pro 3. Quartal 1907.

A. Einnahme.

	M	s	M	s
Am Kassenbestand am 1. 7. 07:				
a) in Bar und Belegen	154286	31		
b) in Effekten und Gutscheinen	87502	50	241788	81
Am Einnahmen d. die Ortsverwaltungen:				
a) Aufnahmegerühren à 1,- Mk.	4496	50		
b) " à 50 Pf.	479	50	4976	
c) Wochenbeiträge à 40 Pf.	19104	14		
d) " à 35 "	32267	81		
e) " à 30 "	14994	37		
f) " à 20 "	925	38		
g) Gaubräge	4571	95		
h) Schlafabrechnungen	1058			
i) Duplicate	64		255149	66
Am direkten Einnahmen der Hauptkasse:				
Aboinements auf den "Courier"	184	30	184	30
Einnahmen bei Lohnbewegungen:				
a) Verkaufte Streitfondmarken	10427	07		
b) Extraeinsendungen	834			
c) Sammlungen re.	9715		10532	56
Summa			512581	83

B. Ausgabe.

	M</th
--	-------

A b r e c h n u n g

der Verwaltungsstellen des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes

pro 3. Quartal 1907.

Ziffernde Nr.	Ort	Gewinnahme												Ausgabe												Summe								
		Befindl. M. v. vorigen Quartal				Sintetis- che Gebühren				Rückzu- setzliche				Zum ört- lichen Fonds				Summa				Wertzuflüsse aus gewerblichen Abgaben				Summe								
		Br. der Mitglieder	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.	M. J.										
1	Nachen	140	-	-	55	-	363	10	125	-	99	79	524	14	-	-	-	13	50	90	81	13	70	46	45	25	-	1030	38	-	521	14		
2	Altenburg	319	938	69	12	-	1840	10	6	-	122	55	2419	94	42	-	-	42	35	1	55	25	02	29	00	1108	83	964	66	24	934			
3	Apolda	34	3109	3	-	119	40	475	-	1230	-	5	80	178	84	950	-	-	13	65	1	60	2	90	-	450	1460	9955	2899	176	34			
4	Arnstadt i. Th.	30	98	82	1	-	182	20	925	-	750	-	249	52	-	-	-	22	50	2	-	1	60	-	29	00	813	10888	10251	24953	41	62		
5	Aschersleben	11	1842	811	-	-	-	-	-	-	-	-	41	62	-	-	-	-	60	-	-	-	-	-	-	-	811	-	-	811				
6	Aschaffenburg	15	3785	11	-	37	20	-	-	85	50	21	-	75	05	10	-	-	29	96	1	-	-	-	-	-	-	2945	3149	7505	7505			
7	Aue	206	717	63	17	50	574	90	-	85	50	21	-	-	-	-	-	24	87	1	-	-	-	-	-	-	4115	4115	1366	53				
8	Augsburg	51	4178	3	-	162	-	-	-	-	-	-	1366	53	-	-	-	28	40	980	-	-	-	-	-	-	660	660	47478	71250	20678			
9	Baden-Württemberg	231	1247	20	21	50	1080	60	279	65	88	60	-	-	-	-	-	195	6	33	50	1740	50	7605	4858	85680	138907	260255						
10	Bant-Wilhelmsburg	54	5345	1	-	65	40	-	-	-	-	-	119	85	-	-	-	673	-	850	-	1321	1321	1116	5975	4521	11985							
11	Bauzen	28	5576	2	-	104	10	17	35	-	-	-	179	56	-	-	-	1224	-	450	7	-	-	250	250	5115	561711	5246						
12	Bayreuth	44	7585	5	-	195	60	-	-	-	-	-	276	45	-	-	-	56	1965	7	-	-	-	15140	15140	8740	27645	8740						
13	Bergedorf	8218	6'946	30	606	25569	55	399	25	624	60	5754	35	95000	05	3603	25	1760	354	10	2610	18	255	5034	22	1294	67	1893	85	2823	69750	132715	6197673	95000005
14	Berlin I ¹⁾	21601	3.673	04	1857	50	75542	60	269	60	2475	10	1858	55	113877	89	-	-	1057	30	489	80	-	-	1224	26	1978	26	630806	6040675	2568517	11387739		
15	Berlin II	967	9180	51	-	3978	-	921	40	-	-	686	85	5647	11	-	-	-	-	932	18	890	06	492	-	1150	-	1967	325075	5115	561711			
16	Berlin III	3028	29382	27	97	12905	80	684	10	290	10	936	05	14295	82	-	-	890	-	5	2296	84	255	05	4865	-	24435	1738	54	107265	2924624	41429532		
17	Bernau	22	5030	7	-	53	80	-	-	450	-	-	115	60	-	-	-	1850	-	565	-	-	-	-	-	-	285	4795	5915	11560				
18	Bernburg	92	202	69	3	-	348	30	66	20	-	465	-	624	84	-	-	-	850	-	980	-	-	-	6440	-	1690	27732	21860	62484				
19	Beuthen a. R.	17	185	13	-	6125	250	-	-	540	-	1	-	87	85	-	-	679	-	850	-	1050	290	-	340	805	6848	1210	5093	1182	8785			
20	Bielefeld	158	3895	29	-	655	10	-	-	-	-	-	1082	95	530	-	-	850	-	6680	1845	-	863	10	-	1128	6174	55345	33251	108296				
21	Bitterfeld	4	3811	-	-	1485	-	-	-	-	-	-	5246	-	-	-	-	850	-	170	-	-	-	-	-	-	37	-	-	1327				
22	Bochum (Sch.)	-	407	-	-	920	-	-	-	-	-	-	1827	-	8	-	-	5	-	582	-	-	-	-	-	-	690	-	-	8452				
23	Bonn	40	-	-	7	-	5820	-	-	-	-	-	1932	-	8452	8	-	-	-	905	-	-	-	-	-	-	-	150	4915	-	-	-		
24	Borsigwalde	19	3060	2	-	6685	-	-	-	-	-	-	9945	-	-	-	-	-	1230	-	-	-	-	-	-	-	5258	3457	9945	-	-	-		
25	Braale	95	7036	15	-	314	65	670	3	-	2760	-	437	31	-	-	-	2	-	1790	35	-	-	-	8725	272	10481	43731	-	-				
26	Brandenburg	194	29857	28	-	974	60	4980	-	5130	-	420	1401	47	-	-	-	650	9490	2150	-	-	-	8745	-	5240	5405	78885	34581	140147				
27	Braunschweig	329	22465	4250	1228	60	-	-	-	-	-	-	1518	85	-	-	-	780	20210	105	-	-	-	-	-	-	1028	99180	33281	154886				
28	Bremen I	1602	266540	208	-	6695	20	917	05	325	85	288	25	11049	25	89	-	-	960	2825	1250	35	19170	14670	9058	1382031	101926	-	-					
29	Bremen III	52	7740	9	-	215	20	2685	12	-	-	-	330	45	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	870	17140	7175	33045					
30	Bremenhaven	335	94557	52	-																													

¹⁾ Unter den 2610,15 Mf. örtliche Rechtsschutzkosten sind 2520 Mf. örtliche Arbeitslosen-Unterstützung enthalten.

Laufende Nr.	Ort	G e i n n a h m e												N u s s g a b e												Summa							
		Zahl der Flüchtlinge			Befund v. vorigen Monat			Gebühren Gebühren			Summe Beiträge			Summe Gebühren			Summe			Zeitliche Grenzen			Verwaltungs- aufgaben			Gesamtkalk. B. a) persönl. b) fachliche							
		M	s	d	M	s	d	M	s	d	M	s	d	M	s	d	M	s	d	M	s	d	M	s	d								
96	Gr.-Wockern	26	67	15	—	—	—	112	80	—	—	—	—	780	—	—	188	05	—	15	49	4	—	1	18	5	20	4.05	9110	6203	18805		
97	Grünberg i. Sch.	49	89	49	4	—	—	180	90	—	—	—	—	1350	—	—	284	29	—	28	76	1	—	—	84	3	26	3.26	14913	9830	24329		
98	Guben	15	30	69	2	—	—	47	70	—	—	—	—	60	—	—	80	69	—	11	05	1	—	—	290	2	10	3791	1833	8099			
99	Gützkow	32	18	11	7	—	—	149	8	—	—	—	—	870	—	—	178	91	—	770	250	2	50	530	730	720	720	17891	11475	11475			
100	Hagen	38	11	18	10	—	—	91	60	—	—	—	—	250	—	—	57	57	—	1136	1316	—	150	180	1	20	120	120	120	120	120	120	120
101	Halberstadt	61	19	33	2	—	—	155	50	—	—	—	—	180	—	—	57	110	—	11075	11075	—	150	150	5	30	150	150	150	150	150	150	150
102	Halle	992	1101	65	90	50	—	3438	55	507	85	195	60	434	69	5778	84	—	1519	10	225	112	55	2575	935	300	49	18	532	26736	281190	111199	577834
103	Hamburg I	7155	3033	39	705	—	—	3150	60	8228	65	16	—	671	64	71457	17	1519	10	225	23	20	8125	5218	61	1026	89	921	75	102614	25787	2034517	197115718
104	Hamburg II	703	9586	91	62	—	—	2483	60	106	25	11	60	294	80	12514	66	104	50	35	—	291	55	74	10	—	630	6	30	265	14075	19915	36205
105	Hanneln	40	178	—	—	—	—	174	0	9	75	—	—	35	—	362	05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
106	Hannum	7	2	—	—	—	—	22	05	—	—	—	—	810	—	—	35	24	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
107	Hanau	71	62	0	3	—	—	300	40	—	—	—	—	20	—	4388	51	40	20	—	—	37	—	—	350	—	—	15	625	24455	6035	37355	
108	Hannover	674	542	81	107	—	—	2900	80	759	40	78	30	—	—	4020	—	—	1065	34	—	1024	87	105	37	37251	8840	6402	24096	21529	438851		
109	Hamm-Münden	80	179	14	1	—	—	809	75	11	25	—	—	51	24	—	—	—	—	13	—	152	60	160	36	30	3	30	29	75	64675		
110	Hamburg	165	203	19	47	—	—	788	2	75	10	35	4	5050	—	119	39	—	—	—	—	50	19	03	285	190	540	3566	14410	29244	50492		
111	Haspe	7	5	90	—	—	—	37	20	—	—	—	—	43	10	—	—	—	—	12	—	39	820	4238	150	1008	3170	25995	6875	41565			
112	Haynau t. Sch.	54	303	97	4	50	—	177	20	10	25	9	—	504	92	250	—	—	—	—	4	50	148	32	1705	1080	4741	19550	1643	29505			
113	Heide	81	64	65	33	—	—	297	60	—	—	2040	—	84	31	594	71	2	—	—	—	12	—	70	05	—	150	10	108	3170	25995	6875	
114	Heidelberg	101	64	85	19	—	—	407	—	8	75	10	30	84	31	594	71	2	—	—	—	12	—	17	08	675	1008	4741	19550	1643	29505		
115	Heilbronn	81	15	0	28	—	—	236	60	15	25	—	—	295	05	—	—	—	—	4	50	148	32	1705	1080	4741	19550	1643	29505				
116	Heiligenstadt	11	21	61	—	—	—	1530	—	2	15	—	—	36	91	—	—	—	—	4	50	1903	285	140	366	14410	29244	50492	14832	14832			
117	Herford	16	119	32	—	—	—	3450	—	2	15	—	—	148	32	—	—	—	—	4	50	5985	1575	2712	121	121	121	121	121	121			
118	Hilpoltstein	130	168	08	7	—	—	526	70	3	50	17	10	722	38	4	—	—	—	—	7	50	850	1510	2712	121	121	121	121	121	121		
119	Hirschberg	25	22	1	—	—	—	75	30	—	—	3	—	101	30	—	—	116	9	—	50	905	1510	105	105	105	105	105	105	105			
120	Höchst	8	4	48	1	—	—	12	95	—	—	—	—	5	—	19	43	2	—	—	—	50	126	1	15	15	15	15	15	15	15	15	
121	Hof	104	66	20	7	—	—	367	50	41	90	—	—	482	60	—	—	25	—	10	50	538	1510	14240	30113	70460	10742	70460	10742	10742	10742	10742	
122	Höxter	134	100	05	41	50	—	487	—	34	15	24	90	17	—	704	60	—	10	50	538	1510	690	8640	141975	41975	80464	80464	80464	80464			

^{*)} Diverse Einnahmen setzen sich zusammen aus: Buschuss aus der Haupfkasse 5908,27 Mf., Fest-Überschüsse 5333,51 Mf., Zinsen 989,50 Mf., Tellersammlungen 76,67 Mf., auf Sammelsäcken 385,10 Mf., Rückzahlungen 215,- Mf., Darlehen 400,- Mf., Eingebrachter Kassenbestand 12,80 Mf., Diverse 2027,29 Mf. Zusammen 15 298,14 Mf. ^{†)} Porto und diverse Ausgaben setzen sich zusammen aus: Porto 3049,61 Mf., Fest-Defizite 480,25 Mf., Wahlfond 20,- Mf., Rückzahlungen 50 Mf., Verluste 336,32 Mf., Gaukonferenz 244 Mf., Zurückgezahlter Kassenbestand 28,16 Mf., Streiks anderer Gewerkschaften 1529,86 Mf., Berliner Arbeitsnachweis 5684,81 Mf., Diverse 5344,91 Mf., für Gewerkschaftshäuser 222,48 Mf. Zusammen 16 990,40 Mf.